



## Protokoll der 8. Sitzung des Einwohnerrates

vom 17. März 2021, 17.00 Uhr, im Landratssaal  
und 25. März 2021, 17.30 Uhr, im Landratssaal

---

<b>Anwesend:</b>	17. März 2021: 39 Mitglieder 25. März 2021: 37 Mitglieder
<b>Entschuldigt:</b>	17. März 2021: Ratsmitglied Eisenring Fabian (SP) 25. März 2021: Ratsmitglieder Derungs Reto (SP), Heinzelmann Lukas (SVP) und Oberholzer Natalie (GL)

Traktanden	Laufnummer
Traktandenliste	
<i>://: Die Dringlichkeit des Postulates «Provisorium Schwieri-Passerelle» (Nr. 2021-40) wird einstimmig beschlossen.</i>	2021-40
<i>://: Dem Antrag des Büros wird einstimmig zugestimmt und das Geschäft «Orisstege, Nachtragskredit» (Nr. 2021-39) von der Traktandenliste der heutigen Sitzung abgesetzt, da die Vorlage bereits an die BPK zur Vorberatung überwiesen wurde.</i>	2021-39
1. Dringliches Postulat «Provisorium Schwieri-Passerelle» von Sibylle Schenker sowie Vreni Baumgartner der Grünen Fraktion, Beat Gräni-cher der SVP-Fraktion, Domenic Schneider und Susi Thommen der CVP/EVP/GLP-Fraktion sowie Dominique Meschberger der SP-Fraktion <i>://: Das Postulat wird einstimmig an den Stadtrat überwiesen.</i>	2021-40
2. Protokoll der Ratssitzung vom 20. Januar 2021 <i>://: Das Protokoll vom 20. Januar 2021 wird einstimmig genehmigt.</i>	-
3. Ersatzwahlen einwohnerrätliche Kommissionen <i>://: Wahl der Nominierten gemäss Vorschlag der FDP- und SP-Fraktion in das Büro, die BPK sowie SBK.</i>	2021-36
4. Polizeireglement – Berichte Stadtrat sowie Spezialkommission Polizei-reglement zur Totalrevision des Polizeireglementes (ESL 700.1); 2. Le-sung und Beschlussfassung <i>://: Mit 36 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen genehmigt der Rat sämtliche Änderungsanträge der Spezialkommission Polizeireglement zum Poli-zeireglement gemäss beiliegender Synopse der Vorlage Nr. 2019/154b.</i> <i>://: Der Einwohnerrat genehmigt das Polizeireglement (ESL 700.1) mit den zuvor beschlossenen Änderungen mit 38 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme und überlässt das Inkrafttreten dem Entscheid des Stadt-rats.</i>	2019/154 2019/154a 2019/154b

- ://: Einstimmig stimmt der Rat den Anträgen der Spezialkommission Polizeireglement zu und schreibt die stadträtlichen Anträge im Zusammenhang mit der Ausserkraftsetzung des Reglementes über die Hundehaltung (ESL 342.1) sowie des Vergnügungsreglement (ESL 541.1) als gegenstandslos ab.*
- ://: Das Postulat Nr. 2015/196 «für e suubers Lieschtel» wird vom Rat einstimmig als erfüllt abgeschrieben.*
- ://: Die Spezialkommission Polizeireglement wird einstimmig per sofort aufgelöst.* 2015/196
5. Schulanlage Rosen; Ertüchtigung als Provisorium – Bericht der Bau- und Planungskommission (BPK) 2020-23  
2020-23a  
*://: Der Rat genehmigt einstimmig den Baukredit in der Höhe von CHF 810'000.-- gemäss an Anträgen des Stadtrates und der BPK.*
6. Initiative betreffend Stadthalle für Kultur und Sport in Liestal – Bericht des Stadtrats 2021-37  
*://: Der Antrag des Ratsbüros für die Überweisung der stadträtlichen Vorlage Nr. 2021-37 an die Bau- und Planungskommission (BPK) wird einstimmig gutgeheissen.*  
*://: Der Antrag der SP-Fraktion für eine Überweisung der Vorlage an die Sozial-, Bildungs- und Kulturkommission (SBK) wird mit 11 Ja-Stimmen gegen 21 Nein-Stimmen bei 7 Enthaltungen abgelehnt.*
7. Fragestunde  
In der Fragestunde werden zwei Fragen vom Stadtrat beantwortet.
- Beschlüsse der Fortsetzungssitzung vom 25. März 2021:**
8. Recycling SBB-Baustelle – Interpellation betreffend Recycling auf SBB-Baustelle von Beat Gränicher der SVP-Fraktion 2020-19  
*Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.*
9. Ruftaxi statt Ortsbus – Postulat «Ruftaxi statt Ortsbus: Mehr öV zum kleinen Preis» von Stefan Fraefel und Yves Jenni der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2020-16) 2020-16  
*://: Das Postulat Nr. 2020-16 wird mit 21 Ja-Stimmen gegen 16 Nein-Stimmen an den Stadtrat überwiesen.*
10. Stillstandzeiten nutzen – Postulat «Stillstandzeiten nutzen» von Domenic Schneider und Yves Jenni der CVP/EVP/GLP-Fraktion 2020-18  
Quartiererschliessung – Postulat betreffend Quartiererschliessung von Pascale Meschberger namens der SP-Fraktion 2020-20  
*://: Das Postulat Nr. 2020-18 wird mit 28 Ja-Stimmen gegen 9 Nein-Stimmen an den Stadtrat überwiesen.*  
*://: Das Postulat Nr. 2020-20 wird mit 28 Ja-Stimmen gegen 9 Nein-Stimmen an den Stadtrat überwiesen.*
11. Vortrittsregelung-Änderung – Postulat «Änderung Vortrittsregelung Kasernen-/Seltisbergerstrasse/Kantinenweg» von Stefan Fraefel und Domenic Schneider der CVP/EVP/GLP-Fraktion 2020-25  
*://: Das Postulat Nr. 2020-25 wird einstimmig an den Stadtrat überwiesen.*

- hr/>
- |     |  |                       |
|-----|--|-----------------------|
| 12. | Rathausstrasse – Postulat «Verbesserung Situation Rathausstrasse» von Dominik Beeler der Grünen Fraktion und Loris Jeitziner der SP-Fraktion<br><i>://: Das Postulat Nr. 2020-26 wird einstimmig an den Stadtrat überwiesen.</i>   | 2020-26               |
| 13. | Buslinie 83 – Nichtformulierte Volksinitiative bzw. Postulat zur Wiedereinführung des 83er-Bushaltes auf dem Liestaler Wasserturmplatz, Bericht des Stadtrats<br><i>://: Der Rat nimmt einstimmig vom stadträtlichen Bericht zum Postulat gemäss Vorlage Nr. 2020/198a Kenntnis.</i><br><i>://: Das Postulat Nr. 2020/198 wird einstimmig als erfüllt abgeschrieben.</i> | 2020/198<br>2020/198a |
| 14. | Waldenburgerbahn – Interpellation «Neubau Waldenburgerbahn: Grundwasserfassung Helgenweid» von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion<br><i>Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.</i>  | 2020-28               |
| 15. | Vereinsunterstützungen – Postulat «Gerechte Verteilung der Zentrumslasten: Bericht zur Unterstützung von Vereinen durch die Stadt Liestal» von Benjamin Holinger der Grünen Fraktion und Dominic Odermatt der FDP-Fraktion<br><i>://: Mit 24 Ja-Stimmen gegen 9 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen wird das Postulat an den Stadtrat überwiesen.</i>                        | 2020-30               |
| 16. | Mehrwertabgabe – Interpellation «Das Baselbieter Gesetz zur Mehrwertabgabe bei Ein- und Umzonungen wird angepasst – Auswirkungen für Liestal» von Benjamin Holinger und Michael Durrer der Grünen Fraktion<br><i>Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.</i>  | 2020-31               |
| 17. | Mehrwertabgabe – Motion «Mehrwertabgabe: neuen rechtlichen Spielraum ausnützen» von Stefan Fraefel der CVP/EVP/GLP-Fraktion und Albert Siegwart der Grünen Fraktion<br><i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i>  | 2020-32               |
| 18. | Cargo Sous Terrain – Interpellation «Cargo Sous Terrain – Chance für Liestal?» von Yves Jenni der CVP/EVP/GLP-Fraktion<br><i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i>   | 2020-33               |
| 19. | Veloverkehr – Postulat «Konzept Veloverkehr» der Bau- und Planungskommission (BPK)<br><i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i>   | 2020-34               |
| 20. | Bezahlte arbeitsfreie Tage 2021 – Interpellation «Bezahlte arbeitsfreie Tage im Jahr 2021» von Michael Durrer der Grünen Fraktion<br><i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i>  | 2020-35               |

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) begrüsst die Ratsmitglieder, den Stadtrat sowie die Medienvertreter und Gäste zur zweiten Sitzung im Jahr 2021.

### **Mitteilungen des Ratsbüros sowie des Ratspräsidiums**

Vom Ratsbüro werden folgende Mitteilungen gemacht:

- Im Zusammenhang mit dem angepassten Schutzkonzept COVID-19 werden folgende Punkte speziell erwähnt:
  - Der Sitzplan mit den Sicherheitsabständen ist beim Eingang zum Landratssaal angeschlagen und den Ratsmitgliedern mit gestriger E-Mail der Sitzung zur Kenntnis gebracht worden.
  - Beim Eingang in den Landratssaal werden Hygienemasken abgegeben. Für alle Anwesenden im Landratssaal gilt die Maskentragpflicht.
  - Die Redner bleiben bei ihren Voten sitzen. Die Referenten bzw. Kommissionspräsidenten werden die Kommissionsberichte an ihrem eigenen Platz vorstellen.
  - Die Benützung der Desinfektionsmittel-Spender bei den Ein- und Ausgängen wird empfohlen.
  - Die Türen im Landratssaal bleiben offen, sofern möglich. Die Fenster bleiben geschlossen.
  - Die Zuschauertribüne ist offen. Die Gäste auf der Tribüne haben sich in einer Präsenzkontrolle einzutragen. Die Besucherzahl ist gemäss BAG-Vorschriften auf max. 18 Personen beschränkt.
  - Wer krank ist oder sich krank fühlt, muss die Veranstaltung verlassen.
  - Am Schluss der Sitzung muss der Saal und das Regierungsgebäude verlassen werden. Ein Verweilen im Vorraum oder Foyer ist nicht gestattet.
  - Es findet keine Pause statt.
- Mit Schreiben vom 29. Januar 2021 hat Reto Pusterla (FDP) seinen Rücktritt als Ratsmitglied per 31. Januar 2021 erklärt.  
Das Schreiben wird von der Ratspräsidentin verlesen und Reto Pusterla für die Zukunft alles Gute gewünscht.
- Als neues Ratsmitglied darf an der heutigen Sitzung Eva Eugster (FDP) begrüsst werden, welche als Nachrückende von Reto Pusterla der FDP-Fraktion am 1. Februar 2021 ihr Amt angetreten hat.  
Werner Fischer (FDP) stellt die neue Ratskollegin kurz vor: Eva Eugster ist 1973 in Solothurn geboren, ist verheiratet und Mutter von zwei Kindern im Alter von 16 und 18 Jahren. Seit 1998 wohnt sie in Liestal, ist Sekundarlehrerin und seit 2020 Schulratspräsidentin der Primarschulpflege. In ihrer Freizeit betreibt sie verschiedene Hobbys wie Schwimmen, Yoga, Skifahren, Mountainbike-Fahren und geniesst gerne die Bergwelt. Die FDP-Fraktion wünscht ihr eine gute Zeit hier im Einwohnerrat.
- Stadtpräsident Daniel Spinnler wird zur Geburt seiner Tochter Noelle Verena gratuliert, welche am 3. Februar 2021 das Licht der Welt erblickt hat.  
Tags darauf ist Ratsmitglied Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) stolzer Vater des Mädchens Freyja Annika geworden, wozu ihm ebenfalls gratuliert wird.
- Die heutige Sitzung wird ohne Pause durchgeführt und ca. 19.30 Uhr geschlossen. Ratsmitglieder, welche den Saal verlassen, möchten dies dem Vizepräsidenten anzeigen, damit dieser eine Kontrolle über die anwesenden Stimmberechtigten hat.

- Mit E-Mail des Ratsschreibers vom 15. Januar 2021 sind die Ratsmitglieder über die Fortsetzungssitzungen im 1. Semester 2021 informiert worden. Verschieden organisatorische Massnahmen sind vom Büro an der letzten Sitzung beschlossen worden. Am Schluss der ordentlichen Ratssitzungen wird das Ratspräsidium jeweils mitteilen, ob die Fortsetzungssitzungen in der Folgewoche stattfinden oder nicht.
- Das Büro hatte an seiner Sitzung vom 11. März 2021 den Amtsbericht 2020 (Nr. 2020-38) formell an die GPK zur Vorberatung überwiesen.
- Den Ratsmitgliedern ist am 12. März 2021 der Terminplan 2022 mit den Einwohnerrats- und Bürositzungen vom nächsten Jahr übermittelt worden. An einer nächsten Bürositzung wird noch der Detail-Terminplan verabschiedet.
- Im Jahr 2022 kann das «Jubiläum 50 Jahre Einwohnerrat Liestal» gefeiert werden. Für das OK hatten die Fraktionen je 1 Mitglied dem Ratsschreiber bis am 17. März 2021 zu melden. Die Meldung der GL-Fraktion ist noch ausstehend. Die OK-Mitglieder treffen sich anschliessend kurz beim Ratsschreiber, damit die 1. OK-Sitzung terminiert werden kann.
- Hinsichtlich der Redeordnung wird gemäss § 71 des ER-Reglements darauf hingewiesen, dass in der Regel den Ratsmitgliedern zweimal das Wort zu demselben Geschäft gestattet wird.

### **Tischpapiere**

Es wurden keine Tischpapiere verteilt.

### **Neue persönliche Vorstösse**

- Schwieri-Passerelle – Dringliches Postulat «Provisorium Schwieri-Passerelle» von Sibylle Schenker sowie Vreni Baumgartner der Grünen Fraktion, Beat Gränicher der SVP-Fraktion, Domenic Schneider und Susi Thommen der CVP/EVP/GLP-Fraktion sowie Dominique Meschberger der SP-Fraktion (Nr. 2021-40)
- Frühförderung – Postulat «Eine Strategie der Frühen Förderung für Liestal» von Lisa Faust der Grünen Fraktion, Dominique Meschberger der SP-Fraktion, Susi Thommen der CVP/EVP/GLP-Fraktion und Richard Gafner der FDP-Fraktion (Nr. 2021-41)

Die neuen Vorstösse sind den Ratsmitgliedern mit gestriger E-Mail des Ratsschreibers zur Kenntnis gebracht worden und werden mit dem nächsten ER-Versand in Papierform verschickt.

### **Stimmenzähler/innen**

Auf Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmenzähler/innen bestimmt:

- |                            |  |
|----------------------------|--|
| - Jenny Yves (CVP/EVP/GLP) | Seite A (SP, GL)                       |
| - Imsand Bruno (FDP)       | Seite B (SVP, CVP/EVP/GLP)             |
| - Bonjour Bernhard (SP)    | Seite C (FDP) + Präsidium, Referent/in |

## Mitteilungen Stadtrat

Stadtpräsident Daniel Spinnler leitet mit einer Erinnerung an den alten Güterbahnhof in Liestal ein. Damals lief eine grosse Debatte rund um die Hoch- und Tieflage. Die Idee von damals war dann aber doch unrealistisch, woraufhin es eine Art Blockade gab, welche jahrelang eine Erneuerung des Bahnhofs in Liestal verhinderte. Kürzlich hatte sich der Stadtrat bezüglich des Weiterzugs der Einsprache rund um den Bahnhofneubau geäussert, da es sich dabei um eines der wichtigsten Entwicklungsprojekte Liestal handelt. Für die Reaktion des Stadtrates war vorwiegend die Argumentation der Einsprecher massgebend. Zwar wurde die Einsprache in allen Punkten abgewiesen, aber danach wurde von den Einsprechern in den Medien suggeriert worden, dass die Visualisierungen des Wettbewerbs massgeblich für die Annahme des Projekts mitsamt Hochhaus an der Urne gewesen seien. Er erinnert daran, dass der Souverän das Projekt grossmehrheitlich angenommen hatte. Zudem waren die Abstimmungsunterlagen neutral und beinhalteten lediglich den Quartierplan und keine sonstigen Visualisierungen. Auch die SBB hat keine solchen Visualisierungen verwendet. Es ist richtig, dass der Bahnhof nicht so aussieht, wie auf den Visualisierungen. Dennoch entsteht durch das Projekt eine positive Verdichtung genau dort, wo sie notwendig ist. Die Baurekurskommission kann nur darüber urteilen, ob die Baubewilligung dem Quartierplan entspricht, welches das Volk damals genehmigt hat. Er bittet daher, das Bahnhof-Projekt weiterhin zu unterstützen.

Stadtrat Daniel Muri äussert sich im Zusammenhang mit dem Bahnhof-Neubau zur Schwieri-Passerelle. Anhand von 3 projizierten Bildern erläutert er den Stand der Dinge sowie das weitere Vorgehen:

- *Stand «Schwieri-Passerelle: Wegführung heute, März 2021»*  
Man sieht die Passerelle im heutigen Zustand, daneben ist erkennbar, wo das dritte Gleis sowie das Gleis der WB durchführen werden. Auf einem kleinen Situationsplan ist die Sperrung des Hinterseeweg dargestellt. Dieser wird mit dem Orisbach zusammen renaturiert.
- *Stand «Abbruch der Schwieri-Passerelle: Wegführung ab Ende 2021»*  
Die Burgbrücke wird ab August 2021 wieder in Betrieb genommen. Bereits im Mai 2021 wird jedoch die Schwieri-Passerelle abgerissen. Zeitgleich wird auf der Strecke vom heutigen Bahnübergang Schwieri bis zum Bahnhof ein behindertengerechter Gehweg erstellt, welcher etwa 230 Meter lang sein wird. Im Sommer 2021 wird die neue Planaufgabe der SBB zu der neuen Passerelle erwartet. Da stellt sich vor allem die Frage, wie Auf- und Zugang nördlich sowie südlich gestaltet werden sollen.
- *Stand «Schliessung des Bahnübergangs: Wiedereröffnung des Hinterseeweg ca. 2./3. Quartal 2022»*  
Als kleiner Ausblick kann die Wiederöffnung des renaturierten Hinterseeweg vorgestellt werden, welche auf das 2. oder 3. Quartal 2022 geplant ist. Ausserdem wird schliesslich auch der alte Bahnübergang abgebrochen, da dieser nicht mehr sicher betrieben werden kann.

Er verweist auf das dringliche Postulat «Provisorium Schwieri-Passerelle» (Nr. 2021-40), welches im Anschluss behandelt wird und in welchem die Frage gestellt wird, was die Situation denn für die Kinder bedeute. Betroffen sind 6 Kinder von 1'100 Schülern. Dennoch ist sich der Stadtrat bewusst, dass es hier um ein ernstzunehmendes Anliegen geht. Daher würde der Stadtrat das Postulat übernehmen und mit der SBB sowie der Anwohnerschaft weitere Abklärungen treffen und Verhandlungen führen.

## **Persönliche Erklärungen / Fraktionserklärungen**

Thomas Eugster (FDP) verliest als Sprecher der FDP-Fraktion eine kurze Fraktionserklärung. Im Zusammenhang mit diversen Presseartikeln zum neuen Bahnhof Liestal will die FDP-Fraktion ausdrücklich festhalten, dass sie nach wie vor hinter dem Quartierplan Bahnhofcorso steht, welchem das Volk mit knapp 70% Ja-Stimmen an der Urne zugestimmt hatte. Die Fraktion will, dass die Bahnhofgebäude vollständig und trotz engem Zeitplan termingerecht gebaut werden. Die dynamische Entwicklung des Bahnhofareals begrüßen sie sehr und halten es für wichtig, dass Liestal damit einen neuen Bahnhof erhält, welcher der Funktion als Kantonshauptort und als regionale Drehscheibe des Verkehrs gerecht wird.

Hanspeter Meyer (SVP) gibt im Namen der SVP-Fraktion eine Erklärung ab. Er zitiert aus dem Leitbild des Stadtrates aus dem Jahre 1992 zum Thema Bahn 2000: «Ein positiver Entscheid bringt Liestal in verkehrstechnischer und städtebaulicher Hinsicht sehr erfreuliche Perspektiven, ein negativer Entscheid bedroht dagegen unsere Stadt existenziell.» Zum Glück ist es damals dann doch vorwärts gegangen, obwohl es ziemlich Zeit gebraucht hat, sind verschiedene positive Entscheide gefällt worden. Es ist ein Marathon gewesen mit diesem ganzen Bahnhofneubau und jetzt sind wir ziemlich weit und sehen schon fast das Ziel vor uns. Zum Schluss kommt jetzt noch das Prunkstück mit dem Hochbau, was man nicht mit unverständlichen Zwängereien verhindern sollte, da dies schade wäre. Klar ist, dass gewisse Dinge nicht sehr glücklich abgelaufen sind, aber die SVP-Fraktion ist entschieden der Meinung, dass der Bahnhof in erster Linie funktionell sein muss. Die architektonischen Aspekte sind für die SVP-Fraktion eher zweitrangig, da in Sachen Ästhetik sowieso jeder eine andere Meinung hat. Damit das Jahrhundertprojekt nicht gefährdet wird, ist die SVP-Fraktion der Meinung, dass alle Hebel in Bewegung gesetzt werden müssen, damit möglichst rasch die Bewilligungen erteilt werden können. Die SVP-Fraktion steht deswegen einstimmig hinter dem Stadtrat sowie SBB und hofft, dass im Interesse der riesigen Mehrheit der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger das angefangene Werk gut zu Ende geführt werden kann.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) macht klar, dass sich auch die Mitte-Fraktion einstimmig hinter den neuen Bahnhof, auch in der revidierten Fassung, stellt. Sie erachten es als essenziell, dass der neue Bahnhof gebaut wird, was auch für die weitere Entwicklung von Liestal über Jahrzehnte wichtig ist. Die Mitte-Fraktion kann verstehen, dass es gewisse Leute nicht so toll finden, wie der neue Bahnhof daher kommt, glaubt aber nicht, dass dies wirklich matchentscheidend ist. Natürlich achtet die Fraktion das Recht jedes Einzelnen, den Rechtsweg zu begehen. Er bittet aber solche Rechtsmittel auch wirklich für das einzusetzen, für was sie da sind und nicht mit sachfremden Argumenten zu arbeiten. Seine Fraktion glaubt, dass es nicht das Thema sein kann, wie der Bahnhof aussieht, sondern dass es um die Kernfrage geht, ob es überhaupt einen neuen Bahnhof geben wird. Denn man muss sich nichts vormachen, aber die SBB-Infrastruktur, welche den Vierspurausbau umsetzt, braucht kein neues Bahnhofsgebäude, da der Bahnhof Liestal auch ohne neues Bahnhofsgebäude funktionieren würde. Hingegen ist es für Liestal nicht nur eine mittlere, sondern eine grössere Katastrophe, wenn ein solch veraltetes Bahnhofsgebäude bleibt, da es keine Visitenkarte für die Kantonshauptstadt Liestal ist. Ferner gäbe es auch keine Argumente für weitere Fernverkehrshalte in Liestal, was zudem ganz allgemein nicht zur Attraktivitätssteigerung Liestals beitragen würde. Es geht also letztlich nicht um die Frage, ob mit Rechtsmitteln ein schönerer Bahnhof erwirken kann, sondern ob es überhaupt einen neuen Bahnhof geben wird oder nicht. Daher hofft die Mitte-Fraktion auf etwas Flexibilität für das Gemeinwohl. Überspitzt formuliert könnte man auch sagen, dass der neue Bahnhof selbst mit neongelb-orangen Streifen besser aussehen würde, als der heutige alte Bahnhof.

## Traktandenliste

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) hält fest, dass das dringliche Postulat «Provisorium Schwiiri-Passerelle» (Nr. 2021-40) von Sibylle Schenker sowie Vreni Baumgartner der Grünen Fraktion, Beat Gränicher der SVP-Fraktion, Domenic Schneider und Susi Thommen der CVP/EVP/GLP-Fraktion sowie Dominique Meschberger der SP-Fraktion den Ratsmitgliedern mit E-Mail vom 16. März 2021 zur Kenntnis gebracht wurde und der Vorstoss vom Vizepräsidenten projiziert wird.

Gemäss § 48 des ER-Geschäftsreglementes würde der neue Vorstoss an der heutigen Sitzung sofort behandelt, wenn 2/3 der anwesenden Ratsmitglieder die Dringlichkeit beschliessen. Die Ratsmitglieder möchten sich nun zur Dringlichkeit des neuen Vorstosses äussern.

Sibylle Schenker (GL) führt aus, dass das Postulat dringend ist, da die Passerelle im Mai abgerissen werden soll. Das Problem ist jetzt brandaktuell und darf nicht erst in ein paar Monaten behandelt werden. Sie bittet daher, der Dringlichkeit des Postulates zuzustimmen.

Dominic Odermatt (FDP) schliesst sich namens der FDP-Fraktion dem Votum von Sybille Schenker an. Die Situation wird in der nächsten Einwohnerratssitzung keine andere sein als jetzt, daher soll das Thema jetzt angegangen werden, wenn schon etwas gemacht werden soll. Stadtrat Daniel Muri hat das Thema vorgängig bei den stadträtlichen Mitteilungen gut lanciert, daher soll das Thema auch jetzt behandelt werden. Die FDP-Fraktion ist ebenfalls für die Dringlichkeit.

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Die Dringlichkeit des Postulates Nr. 2021-40 wird einstimmig beschlossen.

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) stellt namens des Ratsbüros den Antrag, dass die stadträtliche Vorlage «Orissteg – Nachtragskredit für den Bau der Orissteg» (Nr. 2021-39) von der heutigen Traktandenliste abgesetzt wird, da diese Vorlage bereits an der letzten Bürositzung vom 11. März 2021 an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung überwiesen wurde.

Sie kann feststellen, dass sich vom Rat niemand zum Antrag des Büros äussern möchte.

://: Der Rat stimmt dem Antrag des Büros einstimmig zu und beschliesst, dass das Geschäft «Orissteg, Nachtragskredit» als 6. Traktandum von der Traktandenliste abgesetzt wird.



**59      0.01.011.01      Einwohnerrat**

- 1.      Schwieri-Passerelle – Dringliches Postulat «Provisorium Schwieri-Passerelle» von Sibylle Schenker sowie Vreni Baumgartner der Grünen Fraktion, Beat Gränicher der SVP-Fraktion, Domenic Schneider und Susi Thommen der CVP/EVP/GLP-Fraktion sowie Dominique Meschberger der SP-Fraktion (Nr. 2021-40)**

Sibylle Schenker (GL) hält als Postulantin fest, dass die Aufhebung des Bahnübergangs weit mehr Leute als nur die Anwohner des Schwieriquartiers betrifft. Wer wie sie immer wieder diesen Bahnübergang benutzt, wartend mit einem Einkaufswagen, kommt ganz leicht ins Gespräch mit den Leuten. Die Barriere beim Schwieriübergang ist ein idealer Begegnungsort für ein Schwätzchen mit Leuten aus den Alterswohnungen am Nuglarweg, das Plaudern mit Kindergartenkindern oder auch das Kennenlernen von Zuzüglern im wachsenden Orisquartier, die mit Kinderwagen unterwegs sind, wäre kein Zeitdruck vorhanden. Als Einwohnerrätin sieht sie sich als Vertreterin dieser Bekanntschaften. Dass das Abschneiden eines grossen Quartiers nicht nur ein Problem der Schwieribewohner ist, dürfte allen klar sein. Und so darf der Stadtrat bei dieser ganzen Debatte und den Verhandlungen mit den SBB nicht alleine gelassen werden. Das Postulat ist als stärkendes und aufforderndes Zeichen zu verstehen, mit aller Kraft zu versuchen, das wahrscheinlich Unmögliche doch noch möglich machen zu können. Und dies am liebsten in Form eines Provisoriums und der Inbetriebnahme der neuen Passerelle vor 2025. Sie kann nur ahnen, wie komplex ein solcher Ausbau ist und mit was für Bandagen um Pläne und Finanzierungen gekämpft wird. Sie versucht mit ein paar herausgepickten Punkten die Wichtigkeit zu unterstreichen, ohne dass es in zu lange Diskussionen ausufern soll. Sie will keine Bauprojekte miteinander vermischen, die nicht auf denselben Blättern stehen. Es ist klar, dass die Planung und Ausführung eines Vierspurausbaus nichts für schwache Nerven oder für Laien ist. Dass der Preis mit Umwegen, Sperrungen, Lärm und kurzfristigen Ankündigungen bezahlt wird, ist logisch und wird von der Bevölkerung meistens geduldig getragen. Es geht aber zu weit, wenn man weiss, dass die Planungseingabe der SBB vom Sommer 2020 nicht dasselbe ist, wie ein Planungsgenehmigungsverfahren, kurz PGV genannt, welches vom BAV bei allen Bauprojekten betreffend Schienenverkehr verlangt wird. Es verwundert sie dann schon, lesen zu müssen, dass das BAV noch auf das PGV der SBB wartet, doch dafür dürfte es sicher auch Erklärungen geben. Es geht ihr aber nicht zu weit, wenn sie als Laie davon ausgehe, dass es keine Baueingaben gibt, die nicht der Gesetzgebung für mobilitätseingeschränkte Personen entsprechen würde, wie dies beim ersten Projekt der Fall gewesen ist. Wenn man sich dann als SBB zwischen den Zeilen oder auch ganz explizit auf die Einsprecher bezieht, welche an den Verzögerungen schuld sein sollen, ist das nicht in Ordnung. Anstatt von „Schuld sein“ oder „ohne Einsprache wären wir voll im Zeitplan“ zu sprechen oder die Schwieri-Bewohner als Leute mit unangemessenen Forderungen erscheinen zu lassen, wäre es doch eigentlich angebracht, herauszustreichen, dass es zwar schwierig, aber nicht unmöglich ist, eine gute Lösung für das Terrain zu finden. Mit einer Lösung, welche es ermöglicht, ohne grosse Umwege ins Zentrum gelangen können. Vor allem hat es ja gerade im Oristal perfekte Möglichkeiten, auch mit Rollator, Dreirad oder Leiterwagen am Bächlein entlang unterwegs sein zu können. Die Motivation der SBB, dass möglichst bald eine Passerelle gebaut wird, die allen Vorgaben entspricht, dürfte nicht riesig sein. Wartet man genügend lange mit der Eingabe der PGV, damit man viel einfacher an der Gleiserweiterung bauen kann, ohne eine zusätzliche Baustelle der Passerelle im Weg zu haben? Das ist zweifellos richtig, wurde ursprünglich aber anders versprochen. Wenn man es so betrachtet, dann sind die SBB vielleicht sogar ganz froh, dass die Einsprache vom BAV gutgeheissen worden ist. Sie lässt diesen eher boshaften Gedanken einfach mal so stehen. Das Provisorium Orissteg ist sicher eine begrüsstete Möglichkeit, ohne steilen Umweg auch auf dieser Bahnseite zum Bahnhof gelangen zu können. Als Person ohne eingeschränkte Mobilität stinkt mir dieser Umweg über den Bahnhof zwar, aber er ist zumutbar, selbst wenn es im schlimmsten Fall vier Jahr geht. Wenn sie aber an die Kindergartenkinder denke, welche vom Stedtli in den Schwieri-kindergarten gehen, dann bedeutet das doch massiv weniger sichere Schulwege für eine

ganze Weile. Auch Schulkinder, welche auf dem Weg vom Oristal zum Gstadig oder aus dem Stedtli ins Rotacker müssen, sind davon betroffen. Als Mutter bin ich froh, wenn sich die Stadt gut darum kümmert. Sobald der Hinterseeweg wieder offen ist, entkräftet sich für die Kinder das Problem. Auf dem Terminplan der SBB ist das Mitte 2022, was hoffentlich auch eingehalten werden kann. Wenn sie aber an die doch zahlreichen betagten Leute denke, welche am Nuglarweg in den Alterswohnungen sind oder sich eine Wohnung im Oristal gesucht haben, weil der Zugang zum Stedtli einfach machbar ist, dann ist der Umweg über den Orissteg belastender, als wir uns das vorstellen können. Hier greife sie zurück auf die Barrierengespräche, die doch immer wieder stattfinden. Die Sorgen und Hürden im Alter sind nicht klein und für andere gut zumutbare Umwege bedeuten grosse Verschlechterungen für sie. Bis im Sommer 2022 können sie noch an der Barriere warten, danach ist Schluss und wenn es dann bis 2025 geht, sind das lange 3 Jahre. Als letztes noch ein paar Worte zu den Aufträgen an den Stadtrat: Ein Provisorium wird sicher technisch nicht einfach und wahrscheinlich auch nicht ganz billig, wäre aber trotzdem das, was die sehr belastende Situation retten würde. Die Postulanten finden, dass in diesem Anliegen alles versucht und abgeklärt werden muss. Die Hoffnung stirbt zuletzt. Die Schwieri-Kindergärten liegen als Einzige in einem für die Stedtlkinder angemessenen Perimeter. Ihr Schulweg verschlechtert sich durch die Sperrung massiv und mir als Mutter wäre es nicht wohl, solange auch der Bahnhof aus einer riesigen Baustelle besteht und der Weg über den Perron führt. Das selbständige bewältigen des Schulwegs ist aber sehr wichtig für die Entwicklung der Kinder und ein ständiges Begleitetsein wäre keine gute Lösung. An dieser Stelle verweise ich auf den VCS, welcher diesbezüglich sehr gute Mittel bereitstellt. Ein häufigeres Öffnen der Schranke ist vom Stellwerk her vermutlich eher nicht möglich. Aber trotzdem staune sie immer wieder, wie manchmal ein kurzes Öffnen möglich ist und andere Male stehe sie gefühlte 5 Minuten da und es kommt nicht ein einziger Zug. Geht sich dann aber oben durch, geht die Barriere sicher auf. Wieso die Forderung besteht, dass alles jeweils im letzten Moment aufgehoben werden soll, also die Barriere sowie die Passerelle, liegt daran, dass sie dieser meterbreite Spalt, welcher es monatelang verunmöglichte, die Passerelle stufenlos zu passieren, dermassen aufgeregt hatte. Das darf nicht mehr passieren. In diesem Sinne „Hopplahü“ und schauen wir, dass es mit der definitiven und für alle passierbaren Passerelle nicht bis ins Jahr 2025 dauern wird.

Beat Gränicher (SVP) richtet sich als Postulant dankend an seine Vorrednerin, da sie seiner Meinung nach alles gesagt hat. Er fügt an, dass er denkt, Stadtrat Daniel Muri habe mit seiner vorgängigen Mitteilung versucht, dem Postulat etwas das Wasser abzugraben, indem er auf 6 Kinder verwiesen hat, welche diesen Weg vom Stedtli her benutzen würden. Es sind allerdings weit mehr Kinder, welche auch in das Rotackerschulhaus gehen und auch sehr viele betagte Menschen, die darauf angewiesen sind, diese Überquerung nutzen zu können. Man kann keine Minute dort vorbeigehen, ohne dass jemand wartet oder über die Passerelle läuft. Es geht also nicht um 6 Kinder, sondern um hunderte von Personen, die dort jeden Tag durchgehen. Er mag sich an das prophylaktische abtrennen der Passerelle erinnern, worauf während 9 Monaten nichts geschehen ist, aber Kinderwagen oder Rollstühle nicht mehr passieren konnten. Das findet er schade. Jetzt wird ein neuer Bahnhof diskutiert, bei welchem die SBB eine halbe Milliarde investieren. Es ist klar, dass es sich hierbei um zwei verschiedene Unternehmen handelt, das eine die Immobilien und das andere Infrastruktur, aber das bedingt dennoch, dass man nicht einfach ein ganzes Quartier abschliesst und den Leuten den Umweg über den Bahnhof zumutet, welcher nachts auch nicht immer sicher ist. Die Variante über die Burgbrücke ist wegen des schmalen Durchgangs auch nicht ideal. All das sind unnötige Umstände. Als jemand, der wortwörtlich in dieser Baustelle lebt und tagtäglich mit den Arbeitern spricht, erfährt man, dass lediglich die SBB kein Provisorium wollen. Es entsteht der Eindruck, dass für Velofahrer und Autofahrer geschaut wird, die Fussgänger aber gänzlich vergessen gehen.

Dominique Meschberger (SP) will für die 6 Kinder respektive für die 6 Familien sprechen. Sie geht davon aus, dass ihr Sohn auch dazu gehört, da er diesen Weg zum Rotacker läuft. Nach Gesagtem ist sie sich nicht mehr ganz sicher wie wenig Kinder es wirklich sind. Selbst wenn es aber nur wenige Kinder sind, sind sie da, weshalb sie ernst genommen werden müssen. Die Kinder müssen platzbedingt vom Stedtli ins Rotacker, was an und für sich auch in Ordnung

ist. Seit der Bahnhof-Baustelle müssen sie ständig ausweichen und ihren Schulweg immer wieder neu finden. Als dann beim Bahnübergang angeschrieben wurde, dass eine neue Passerelle im Sommer 2021 in Betrieb geht, war diese Durststrecke noch absehbar. Schon sehr erschrocken ist man aber doch dann, als man erfuhr, dass diese gar nicht kommen soll. Der Hinterseeweg ist ein schöner Weg und es ist sicher erfreulich, wenn dieser wieder aufgeht. Ihr ist es aber wichtig, dass den Kindern ein guter Weg aufgezeigt wird, welcher nicht über den Bahnhof führt. Beim Hinterseeweg besteht das Problem, dass es danach auch wieder steil den Berg hinauf geht, weshalb dieser Weg auch nicht die ideale Alternative ist.

Domenic Schneider (CVP/EVP/GLP) wiederholt die seiner Meinung nach, schönen Worte von Stadtrat Daniel Muri „manchmal ist man auf fremde Hilfe angewiesen“. Mit dem Postulat wollen die Postulanten dem Stadtrat eine Hilfe auf den Weg zu den Verhandlungen mit der SBB mitgeben. Mit dem Ziel, ein Provisorium für die Passerelle zu erhalten. So weiss der Stadtrat dann auch, dass er die Unterstützung des Einwohnerrates respektive der Liestaler-Bevölkerung hat, denn diese darf der Einwohnerrat schliesslich vertreten.

Susanne Thommen (CVP/EVP/GLP) führt aus, dass auch sie täglich an dieser Baustelle vorbeigeht und feststellt, wie eng dort alles ist. Zum Beispiel in der Gartenstrasse, wo grosse Lastwagen und auch Autos durchfahren, so dass kaum mehr Platz für passierende Kinder bleibt. Daher ist es wichtig, dass ein Provisorium errichtet wird. Sie dankt dem Stadtrat indirekt auch als betroffene Grossmutter, wenn sich dieser hierfür einsetzt.

Dominic Odermatt (FDP) spricht als Fraktionssprecher. Er kann sich mit vielem identifizieren, das gesagt wurde. Es wurde zwar viel aus Einzelfallperspektive berichtet, dennoch muss man sehen, dass die Situation wirklich unbefriedigend ist. Vor allem auch für die Zeit, in welcher auch der Hinterseeweg gesperrt ist. Die FDP-Fraktion würde es ebenfalls sehr begrüssen, wenn eine Lösung gefunden würde. Vielleicht noch zwei Überlegungen zu einer Sache, die im Rat auch in anderem Zusammenhang immer wieder diskutiert wird und vom Stadtrat bereits genannt wurde. Liestal verfügt über keine einfache Topographie und sorgt hie und da für Probleme, wofür man Verständnis aufbringen muss. Auch die SBB-Grossbaustelle ist nicht einfach und es müssen gewisse Einschränkungen in Kauf genommen werden. Im vorliegenden Fall ist es ja nicht so, dass die Anliegen der Einsprecher unberechtigt sind, was vom BAV auch anerkannt wurde. Seiner Meinung nach ist es auch an den SBB, Hand für eine Lösung zu bieten. Und aus der Optik seiner Fraktion soll auch der Rücken des Stadtrates gestärkt werden, wenn dieser wieder in Diskussionen geht und eine Lösung sucht. Man wird der Überweisung des Postulates zustimmen.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) erklärt, dass auch die Mitte-Fraktion für die Überweisung des Postulats ist und insbesondere auch, dass sich der Stadtrat wirklich stark macht für eine Lösung. Es muss darauf hingewiesen werden, was Liestal alles erdulden muss. Es ist zu einfach, alles auf einzelne Einsprecher zu reduzieren. Denn hätte die SBB die Passerelle von Beginn an behindertengerecht geplant, wäre die Einsprache so nicht nötig gewesen. Auf der anderen Seite entbehrt es nicht einer gewissen Ironie, dass jetzt dieses Wohnquartier abgeschnitten wird, welches auch ein wichtiger Zugang in ein Naherholungsgebiet ist. Liestal besteht aus zwei Teilen, eines rechts und eines links von den Bahngleisen. Überall wird gebaut und es gibt Einschränkungen. So ist beispielsweise der Benzburweg für Motorfahrzeuge gesperrt und für Fussgänger erschwert, der Senfiweg gesperrt, die Gitterlistrasse verengt und für Fussgänger erschwert sowie nicht behindertengerecht passierbar, die Burgstrasse verfügt nur über eine einspurige Verkehrsführung und ist für Fussgänger erschwert, die Passerelle ist nicht behindertengerecht und die Barriere ständig zu. Der Bahnhof hat wechselnde Verkehrsführungen, die teils nicht behindertengerecht sind sowie direkt über den Perron führen, die Oristalunterführung ist für Fussgänger nicht erreichbar, die Spitalstrasse und Goldbrunnstrasse sind bisher unverändert, haben aber einen erschwerten Zugang durch die Wiedenhubstrasse. Und schlussendlich noch die Schauenburgstrasse, die noch unverändert geblieben ist. Wer also der SBB-Grossbaustelle komplett ausweichen möchte und in Liestal von der einen Bahnseite auf die andere gelangen will, muss entweder über Lausen oder Frenkendorf ausweichen und

das kann es nun wirklich nicht sein. Darum die Bitte um ein Provisorium, ein Gerüst oder einen Steg etwa auf der Höhe der Barriere, denn das kann weder allzu schwierig noch all zu teuer sein.

Stadtrat Daniel Muri bedankt sich namens des Stadtrates für die Unterstützung und informiert, dass der Stadtrat noch einmal mit Nachdruck nach Lösungen suchen wird. Aufgrund der sehr grossen Spannweite wird es technisch nicht einfach, dennoch wird man erneut an die SBB herantreten und dies mit den Voten des Einwohnerrates im Rücken, welche zusätzlichen Nachdruck verleihen.

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Das Postulat „Provisorium Schwieri-Passerelle“ wird einstimmig an den Stadtrat überwiesen.

**60      0.01.011.01      Einwohnerrat**

**2.      Protokoll vom 20. Januar 2021**

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) informiert, dass beim Büro keine Änderungsanträge betreffend das Protokoll vom 20. Januar 2021 eingegangen sind, weshalb das Büro dem Rat die Protokoll-Genehmigung beantragt.  
Sie kann feststellen, dass aus dem Rat keine Wortbegehren aus dem Rat angemeldet werden.

://:      Das Protokoll der Ratssitzung vom 20. Januar 2021 wird einstimmig genehmigt.

**61      0.01.011.01      Einwohnerrat**

**3.      Ersatzwahlen einwohnerrätliche Kommissionen (Nr. 2021-36)**

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) stellt nach Umfrage fest, dass sich der Rat mit dem Vorschlag des Ratsbüros für eine offene und gesamthafte Wahl der Vorgeschlagenen einverstanden erklären kann und aus dem Rat keine Wortbegehren angemeldet werden.

://:      Einstimmig werden gemäss den Wahlvorschlägen der FDP-Fraktion sowie SP-Fraktion gemäss Vorlage Nr. 2021-36 gewählt:

**Büro des Einwohnerrates (Ratsbüro)**

- Eugster Eva (FDP) anstelle von Pusterla Reto (FDP) als Büro-Ersatzmitglied
- Weyeneth Anja (SP) anstelle von Bühler Joel (SP) als Büro-Mitglied

**Bau- und Planungskommission (BPK)**

- Weyeneth Anja (SP) anstelle von Küng Peter (SP) als BPK-Ersatzmitglied

**Sozial-, Bildungs- und Kulturkommission (SBK)**

- Eugster Eva (FDP) anstelle von Pusterla Reto (FDP) als SBK-Mitglied

**62      0.01.011.01      Einwohnerrat**

**4.      Polizeireglement – Berichte Stadtrat sowie Spezialkommission  
Polizeireglement zur Totalrevision des Polizeireglementes, ESL  
700.1; 2. Lesung und Beschlussfassung (Nr. 2019/154)**

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten vom Rat nicht bestritten wird.

Nach der heutigen Beratung und 2. Lesung wird die Beschlussfassung vorgenommen und über die bereits bekannten sowie gegebenenfalls auch neue Änderungsanträge abgestimmt. Im Zusammenhang mit den Abstimmungen über die verschiedenen Anträge können sich die Ratsmitglieder noch dazu äussern. Im Anschluss daran wird in einer Schlussabstimmung über das gesamte neue Polizeireglement abgestimmt. Abschliessend wird dann über die Anträge des Stadtrates und der Spezialkommission Polizeireglement im Zusammenhang mit der Aufhebung des Hunde-Reglements sowie Vergnügungsreglements, die Abschreibung des Postulates «für e suubers Lieschtel» (Nr. 2015/196) sowie die Aufhebung der Spezialkommission Polizeireglement abgestimmt. Auf die Wiederholung von Voten der 1. Lesung vom 20. Januar 2021 möchte man verzichten.

Bernhard Bonjour (SP) eröffnet mit der Erklärung, dass die SP-Fraktion 3 Anträge stellt, welche vorgängig auch in die Fraktionen gegeben wurden. Die SP-Fraktion ist grundsätzlich für das neue Polizeireglement. Es war eine lange Arbeit, welche sie anerkenne. Es ist klar, dass es Kompromisse braucht, aber wenigstens bei diesen 3 Punkten möchte die SP-Fraktion dafür plädieren, ein weniger einschränkendes Polizeireglement zu schaffen. Man muss sich bewusst bleiben, dass Liestal eine Stadt ist und mit einer Stadt auch gewisse kulturelle und gesellschaftliche Erscheinungen verbunden. Es ist nicht wie in einem klassischen Dorf des 19. Jahrhunderts welches noch geschlossen weiss, was Recht und Ordnung bedeutet. Daher die Anträge, welche er dann jeweils noch genauer begründen wird.

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden und sie nun über die verschiedenen Anträge beraten und dann abstimmen lässt. Sie hält fest, dass es sich um 4 Anträge handelt, da der Antrag betreffend das Betteln zwei Änderungen bewirken will.

Sie stellt den ersten Antrag von Bernhard Bonjour (SP) bzw. der SP-Fraktion vor:

**Betteln:** Änderung von § 23 «Betteln und sammeln von Geld» Abs. 1 und Abs. 3 – Antrag von Bernhard Bonjour (SP)

**§ 23 Betteln und Sammeln von Geld**

<sup>1</sup> Aufsässiges, Passantinnen und Passanten belästigendes Betteln und bandenmässiges Betteln sind auf dem gesamten Stadtgebiet verboten.

<sup>2</sup> Bei Widerhandlung kann das erbettelte Geld beschlagnahmt werden.

<sup>3</sup> Für das Sammeln von Geld braucht es eine Bewilligung durch den Stadtrat. Es gilt § 14 des kantonalen Übertretungsstrafgesetzes.

Daniel Schwörer (FDP) führt aus, dass die FDP-Fraktion diesen Änderungsanträgen nicht zustimmen wird, sondern weiterhin die Fassung der Spezialkommission Polizeireglement unterstützt, welche das Betteln auf dem ganzen Stadtgebiet für verboten erklärt. Dies wird mit Umsetzungsschwierigkeiten begründet, die sich ergeben würden, sollten die vorgeschlagenen unbestimmten Begriffe übernommen werden. So scheiden sich die Geister bereits über das

Verständnis des belästigenden Bettelns und die Praxis in Basel hat gezeigt, dass sich bandenmässiges Betteln praktisch nicht nachweisen lässt. Daher ist seine Fraktion dafür, das Bettelverbot in der von der Spezialkommission Polizeireglement in langen, intensiven und detaillierten Diskussionen eruierten Fassung zu belassen und den Änderungsantrag abzulehnen.

Philipp Franke (GL) informiert, dass die Grüne Fraktion den Änderungsantrag unterstützt. Er wiederholt den kürzlich erlassenen EuGH-Entscheid, welcher den Schluss zulässt, dass ein pauschales Bettelverbot Grundrechte verletzt. Seine Fraktion ist der Meinung, dass kein Reglement erlassen werden sollte, welches Menschenrechte einschränkt. Sollte sich der Entscheid durch weitere Instanzen hindurch bewahrheiten, so hätte man ein von Beginn an nichtiges Reglement, was nicht zielführend ist. Es war die Rede davon, Augenmass anzuwenden. Aber auch davon, dass ein scharfes Reglement benötigt wird, um bandenmässiges Betteln zu verhindern, da dieses nicht nachgewiesen werden kann. Diesbezüglich wurde darum gebeten, darauf zu vertrauen, dass Augenmass angewendet werden wird. Aber vorliegend geht es um ein Polizeireglement, in welchem Verbote erlassen werden und wenn darin etwas als verboten bezeichnet wird, dann ist es das auch. Es kann nicht von der Polizei verlangt werden, solche Einzelfallunterscheidungen treffen zu können. Der Antrag ist klar, gut formuliert und nennt das, was wirklich verhindert werden will, nämlich das problematische Betteln. Dafür ist ein solches Reglement da, weswegen man den Antrag mehrheitlich unterstützen wird.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) beginnt mit einem formellen Hinweis darauf, dass für die Fassung von § 23 sowohl ein Antrag des Stadtrates sowie jeweils ein Antrag der Spezialkommission Polizeireglement und der SP-Fraktion vorliegen. Grundsätzlich müssten, nach seinem Verständnis, die Anträge der SP-Fraktion und der Spezialkommission gegenübergestellt und ausgemehrt werden, um anschliessend die obsiegende Variante dem stadträtlichen Antrag gegenüber zu stellen. Inhaltlich ist die Mitte-Fraktion für die Fassung der Spezialkommission, also für ein mehr oder weniger absolutes Bettelverbot. Zu den Gründen verweist er auf die Ausführungen des FDP-Fraktionssprechers zu den unbestimmten Rechtsbegriffen, weswegen entsprechende Formulierungen nicht justiziabel sind. Die Menschenrechtskonvention ist seiner Meinung nach eingehalten, da auf das nicht verbotene Sammeln von Geld für einen bestimmten Zweck gemäss dem kantonalen Übertretungsstrafgesetz verwiesen wird. Die Mitte-Fraktion unterstützt daher die Fassung der Spezialkommission.

Bernhard Bonjour (SP) erläutert, dass es der SP-Fraktion darum geht, das Betteln nicht einfach generell zu verbieten, sondern zur Kenntnis zu nehmen, dass jemand in diese Situation kommen kann. Wenn jemand in diese Situation kommt, dann soll Betteln eine Möglichkeit sein, zu welcher nicht einfach gesagt wird, dass man sie nicht sehen und nicht haben will. Er selbst ist ziemlich entsetzt, wenn jemand sagt, es sei belästigend, wenn jemand am Boden sitzt und einen Hut aufstellt, schliesslich hat es diese Person offenbar nötig. Ein solches Verhalten bereits als belästigend zu bezeichnen, ist eine zu enge Haltung. Es ist klar, dass die von ihm gewählten Formulierungen nicht präzise und genau einschränkbar sind, allerdings beinhaltet das vorliegende Reglement auch an anderen Stellen unbestimmte Begriffe, wie beispielsweise das anstössige Verhalten. Die von ihm vorgeschlagene Formulierung sagt aus seiner Sicht, dass jemand mit einem Hut vor sich dasitzen oder am Bahnhof jemanden nach etwas Kleingeld fragen darf. Mit anderen Worten ist gut definierbar, was nicht belästigend ist. Daher soll nicht einfach mit einer Busse auf dieses Verhalten reagiert werden.

Lorenz Holinger (SVP) verweist darauf, dass er sich nicht mit inhaltlichen Diskussionen aufhalten will, da dafür doch eigentlich die Kommissionen gedacht sind. Diese hat auch bereits ausführlich über die gestellten Anträge und Reglementsänderungen beraten. Da die Meinungen wohl schon gemacht sind und sich diese auch bei der SVP-Fraktion nicht mehr ändern wird, erklärt er, dass die SVP-Fraktion die Anträge der SP-Fraktion nicht unterstützen wird und den Anträgen der Spezialkommission zustimmen wird.



Stadträtin Regula Nebiker macht sich für die Fassung des Stadtrates stark, indem sie darauf verweist, dass aufgrund des Urteils des Menschengeschichtshofes eine zusätzliche juristische Prüfung vorgenommen wurde. Der Stadtrat ist der Meinung, dass die von ihm gewählte allgemeine Formulierung, welche eine Bewilligung für jegliches Sammeln von Geld, also auch für das Betteln, vorsieht, die sauberste Lösung darstellt, welche zudem umsetzbar ist. Bei anderen Aktivitäten auf der Allmend wird auch eine Bewilligung verlangt, was so auch funktioniert. Es handelt sich dabei um eine relativ niederschwellige, faire und transparente Geschichte. Zum Vorschlag der SP-Fraktion bleibt zu sagen, dass damit ein Topf aufgemacht würde, der nicht mehr durchführbar wäre, auch wenn sicherlich viele Gedanken in den Vorschlag investiert wurden. Am einfachsten und objektivsten ist es, zu sagen, dass es in Liestal eine Bewilligung braucht, um betteln zu dürfen. Die Bewilligung kann dann zeitlich und örtlich immer noch angepasst werden. Der Stadtrat macht in diesem Sinne seine ursprüngliche Fassung erneut beliebt.

Daniel Schwörer (FDP) führt aus, dass wenn man das Urteil des EGMR ernst nehmen will, welches ein absolutes Bettelverbot verlangt, dann hat auch die Fassung der SP-Fraktion keine Chance, weil sie das Betteln erlaubt. Das Argument, die Umsetzung des Urteils würde mit § 23 Abs. 1 gemäss SP-Fraktion rechtskonform sein, stimmt so nicht. Zudem verweist er darauf, dass die Hälfte der Kantone in der Schweiz ein entsprechendes Bettelverbot kennen und dann müsste man abwarten, wie dieses Urteil in der schweizerischen Rechtswirklichkeit aufgenommen wird, was sicherlich noch eine intensive Diskussion und Analyse des Urteils benötigt und nicht mithilfe eines Zeitungsartikels entschieden werden kann. Zudem ist nicht klar, ob das Urteil bereits in Rechtskraft erwachsen ist oder noch weitergezogen wird. Zweitens ist zum Begriff «belästigend» zu sagen, dass es zwar richtig ist, dass es unbestimmte Rechtsbegriffe gibt, jedoch gibt es auch noch unbestimmtere. Dies ist bei den Begriffen «aufsässig» und «belästigend» der Fall, denn diese sind viel zu weich und ungreifbar, auch wenn sie auf Papier gut aussehen. Zum Thema «Notsituation» führt er aus, dass er davon ausgehe, dass jemand, der in der Schweiz notleidend ist, nicht auf das Betteln angewiesen ist, da es so viele Institutionen oder aber auch die Sozialhilfe gibt, welche diese Bedürfnisse abdecken. Zum Schluss bleibt zum Vorschlag der Bewilligung gemäss Antrag des Stadtrats zu sagen, dass dieser viel zu verwirrend formuliert und zu wenig klar definiert ist, was nun genau bewilligungspflichtig und -fähig ist. Zum Schluss verweist er darauf, dass es nicht um den Bettler geht, die nachts um 11 Uhr am Bahnhof um 5 Stutz fragen, sondern um die stadtbildprägenden Bettler. Die Bewilligung würde ausser Verwirrung also nichts bringen. Schliesslich kann es nicht sein, dass man den Bettler zuerst nach seiner Bewilligung fragen muss. Er bittet darum, der Fassung der Spezialkommission stattzugeben, sodass eine klare Regelung besteht.

Bernhard Bonjour (SP) entgegnet auf das Votum des Stadtrats, dass er auch dessen Vorschlag nicht praktikabel findet. Wenn man für das Betteln eine Bewilligung vorsieht, dann kommt es doch gerade dazu, dass entschieden werden muss, wer betteln darf und wer nicht. Und genau das ist ja nicht gewollt. Hingegen muss beim SP-Vorschlag keine derartige Entscheidung getroffen werden. Zudem ist beim Sammeln von Geld gemäss der kantonalen Bestimmung vorgesehen, dass der Sammelnde die Gewähr gibt, eine Abrechnung zu machen, was mit Betteln nichts zu tun hat. Im Antrag des Stadtrats werden also zwei verschiedene Dinge miteinander vermischt, die nicht passen.

Ratspräsident Verena Baumgartner (GL) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden und bedankt sich für den Hinweis von Stefan Fraefel wie im Weiteren vorgegangen werden muss. Es wird nun aber vorerst über den ersten Antrag abgestimmt und sollte nicht noch ein Antrag kommen, so kann man den Spezialkommissionantrag gegen den Stadtratsantrag in der Gesamtabstimmung antreten lassen.

Loris Jeitziner (SP) beantragt im Namen der SP-Fraktion um eine Ausmehrung der beiden Anträge.

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) hält fest, dass nun zuerst über den Änderungsantrag der SP-Fraktion «aufsässiges oder bandenmässiges Betteln» abgestimmt wird.

://: Der SP-Antrag betreffend § 23 «Betteln» wird mit 16 Ja-Stimmen gegen 21 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) erläutert, dass es nun darum geht, den Antrag der Spezialkommission anzunehmen oder abzulehnen. Bei einer Ablehnung würde automatisch der Antrag des Stadtrates angenommen.

Dominik Beeler (GL) verlangt, dass die Anträge verlesen werden.

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) verliest die Anträge.

://: Der Antrag der Spezialkommission Polizeireglement wird mit 22 Ja-Stimmen gegen 15 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung gutgeheissen.

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) verweist darauf, dass der nächste Antrag die mit dem vorgehenden Antrag zusammenhängende Änderung des Ordnungsbussenkatalogs betreffen würde.

Bernhard Bonjour (SP) hält fest, dass er seinen Antrag betreffend Änderung von Pkt. 1.10 des Ordnungsbussenkataloges zurückzieht.

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) stellt den zweiten Antrag der SP-Fraktion vor.

**Unordnung:** Streichung „und Unordnung“ im Titel von § 26 (neu) «Gefahrenabwehr und ~~Unordnung~~» sowie die Streichung von § 26 Abs. 2 – Antrag von Bernhard Bonjour, SP-Fraktion)

§ 26 Gefahrenabwehr ~~und Unordnung~~

<sup>1</sup> von privaten und öffentlichen Grundstücken, Anlagen und Bepflanzungen darf keine Gefahr für den Menschen ausgehen.

<sup>2</sup> ~~Private und öffentliche Grundstücke, die aufgrund ihrer Unordnung ein öffentliches Ärgernis darstellen, sind in Ordnung zu bringen.~~

<sup>2</sup> Wird trotz Mahnung die Gefahr ~~beziehungsweise die Unordnung~~ nicht beseitigt, nimmt der entsprechende Geschäftsbereich der Stadtverwaltung eine Ersatzvornahme auf Kosten des Verursachers oder der Verursacherin vor.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) erläutert in Ergänzung zur Ratspräsidentin, dass nebst der Streichung des Begriffs im Titel der Bestimmung auch die Streichung von Absatz 2 beantragt wurde. Er führt aus, dass dieser Punkt, so wie der gesamte § 26 in der Kommissionsberatung sehr umstritten gewesen ist, was er so auch in der Kommentierung der Synopse dargestellt hat. Gegenüber dem stadrätlichen Vorschlag macht der Vorschlag der Kommission bereits deutliche Einschränkungen und setzt die Schranken höher, als dass der Staat eingreifen kann.

Auch wenn die Bestimmung «öffentliches Ärgernis» ein unbestimmter Rechtsbegriff ist, so ist er hier gewollt und wurde in der Kommission möglichst eng definiert. Es gibt insofern bestimmtere und weitere unbestimmtere Rechtsbegriffe, wie das Daniel Schwörer zuvor bereits ausgeführt hat. Der Begriff «öffentliches Ärgernis» ist einigermaßen klar, in dem Sinne, dass so etwas eine Vielzahl von Personen erheblich stört. Anwendung findet diese Bestimmung, sollte sie angenommen werden, nur in Ausnahmesituationen. Beispielsweise wird eine Rechtsgrundlage benötigt, wenn etwas gegen eine ideelle Beeinträchtigung des Ortsbildes auf Privatgrund getan werden soll. Es sollen Extremfälle verhindert werden. In der Kommission war die Bestimmung ziemlich umstritten.

Daniel Schwörer (FDP) macht im Namen seiner Fraktion klar, dass sie gegen den Antrag der SP-Fraktion ist. Er schliesst sich den Ausführungen von Stefan Fraefel an. Der Stadtrat schlägt in seiner Fassung vor, dass Grundstücke und Anlagen nach Ortsgebrauch in Ordnung zu halten sind, wobei der Ortsgebrauch wohl nicht nachweisbar ist. In der Kommission hat man der Bestimmung eine Kontur gegeben und beschlossen, dass die Unordnung ein öffentliches Ärgernis darstellen muss. Obwohl es sich dabei um einen unbestimmten Rechtsbegriff handelt, ist dieser objektivierbar, zumal es auch Rechtsprechungen dazu gibt. Deshalb soll der Fassung der Spezialkommission zugestimmt werden.

Bernhard Bonjour (SP) führt aus, dass es eine persönliche Meinung ist, was Ordnung und was Unordnung ist, umso mehr ist es eine persönliche Meinung, sich darüber zu ärgern oder nicht. Es ist merkwürdig, sein eigenes Ärgernis als Öffentliches darzustellen, genauso wie vorzugeben, diese Formulierung sei praktikabel. Er erinnert an eine Diskussion vor 20 Jahren rund um das Kulturkino Palazzo. Da waren auch einige der Auffassung, dass dieses ein Ärgernis darstellt und weg soll. Er appelliert abschliessend daran, nicht so eng, sondern etwas offener zu sein.

Philipp Franke (GL) unterstützt den SP-Antrag aus den bereits genannten Gründen und wehrt sich gegen eine Ordnungspolizei, die den Leuten sagt, wie das eigene Grundstück auszusehen habe. Wenn es darum geht, ob etwas sehr unschön anzusehen ist oder nicht, so würde er sicher auch Leute finden, die entsprechend über Schottergarten denken. Abschliessend macht er nochmal klar, dass seine Fraktion den Antrag der SP-Fraktion unterstützt.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) erklärt, dass ein öffentliches Ärgernis nicht ein Ärgernis der Öffentlichkeit ist. Es müssen zentrale Gedanken des Zusammenlebens betroffen sein, damit etwas als öffentliches Interesse oder eben als öffentliches Ärgernis gesehen werden kann. Dabei handelt es sich juristisch um einen entscheidenden Unterschied. Es handelt sich daher um einen eingeschränkten Begriff für Extremfälle.

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) verliest die beiden Anträge der SP-Fraktion sowie der Spezialkommission Polizeireglement und lässt darüber abstimmen.

://: Der SP-Antrag betreffend § 26 «Unordnung» wird mit 16 Ja-Stimmen gegen 22 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

://: Der Antrag der Spezialkommission Polizeireglement wird mit 23 Ja-Stimmen gegen 8 Nein-Stimmen bei 8 Enthaltung gutgeheissen.

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) stellt den dritten Antrag von Bernhard Bonjour (SP) bzw. der SP-Fraktion vor:

**Leinenpflicht Hunde:** *Umstellung und Ergänzung von § 40 Bst. d (neu) – Antrag von Bernhard Bonjour (SP)*

*§ 40 Leinenpflicht*

*Hunde sind an den folgenden Orte an der Lein zu führen*

*[...]*

*d) ganzjährig in Wildruhegebieten sowie während der Hauptsetz- und Brutzeit (1. April bis 31. Juli) im Wald und an Waldsäumen. Der Stadtrat kann Gebiete bezeichnen, in denen dies nicht gilt.*

Daniel Schwörer (FDP) erklärt, dass seine Fraktion auch diesen Antrag ablehnt, da dieser inhaltlich falsch ist. Er führt aus, dass das übergeordnete Recht besagt, dass in Wildruhegebieten Hunde immer an der Leine zu führen sind. Die von der SP-Fraktion beantragte Formulierung wäre also ein Verstoss gegen übergeordnetes Recht, da im Wildruhegebiet gemäss Jagdgesetz immer Leinenpflicht gilt. Das Jagdgesetz selbst besagt, dass der Gemeinderat während der Hauptsetz- und Brutzeit in Absprache mit betroffenen Verbänden Ausnahmen gestatten kann. Die Kompetenz zur Ausnahmengewährung durch den Stadtrat ist also bereits im kantonalen Recht gegeben, allerdings nur in Absprache mit betroffenen Verbänden. Daher empfiehlt er dem Änderungsantrag der SP-Fraktion nicht zuzustimmen und stattdessen die Fassung der Spezialkommission zu übernehmen.

Bernhard Bonjour (SP) verdeutlicht, dass es auch hier darum geht, weniger eng und etwas offener zu sein. Er erklärt, dass die Möglichkeit, die das Jagdgesetz bietet, dem Wohl der Hunde dient, was letztlich dem Wohl aller dient, denn wenn es den Hunden besser geht, sind diese weniger gefährlich. Zudem wird ohnehin das kantonale Gesetz zitiert, also kann auch die Möglichkeit der Ausnahmengewährung übernommen werden.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) führt aus, dass die Ergänzung der SP-Fraktion nicht denselben Wortlaut aufweist, wie die entsprechende Formulierung im kantonalen Recht und so kann diese nicht übernommen werden. In der kantonalen Bestimmung ist die Absprache mit betroffenen Verbänden vorgeschrieben und diese fehlt im Antrag. Auch wenn der Antrag angenommen wird, bleibt es bei der Regelung des kantonalen Rechts, da man nicht weiter als dieses gehen kann. Auch der Hinweis auf die Leinenpflicht in der Hauptsetz- und Brutzeit ist nicht unbedingt notwendig, soll aber dem Anwender helfen, da es sich dabei um eine sehr wichtige zusätzliche Regel handelt. Da der Änderungsantrag nicht notwendig und missverständlich formuliert ist, ist dieser abzulehnen.

Philipp Franke (GL) erklärt, dass die Grüne Fraktion diesen Antrag grossmehrheitlich ablehnt, da Naturschutz, Ökologie und der Schutz der Wildtiere mehr wiegt als die Freiheit der Hunde.

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) bedankt sich für die Voten erklärt das Vorgehen der Abstimmung und lässt über den Antrag abstimmen.

- ://: Der SP-Antrag betreffend § 40 «Leinenpflicht Hunde» wird mit 4 Ja-Stimmen gegen 30 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltung abgelehnt.
- ://: Der Antrag der Spezialkommission Polizeireglement wird einstimmig gutgeheissen.

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) weist vor der Schlussabstimmung auf die redaktionellen Korrekturen in § 57 hin. Es handelt sich um folgende Anpassungen:

§ 57 Abs. 2 lit. c (Parkierungsreglement)

Neu: 1. § 15, *Strafbestimmungen (...)* statt 3. § 15, *Strafbestimmungen (...)*

Begründung: redaktionelles Versehen, 1. ist richtig.

§ 57 Abs. 2 lit. l (Bestattungsreglement)

Neu: 1. § 23, Titel neu "Strafbestimmungen" (...) statt 1. § 31, Titel neu "Strafbestimmungen" (...)

Begründung: redaktionelles Versehen, § 23 ist zu ändern, § 31 existiert im Bestattungsreglement gar nicht.

Anschliessend erklärt Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL), dass über Antrag 1 «Der Einwohnerrat genehmigt sämtliche Änderungsanträge der Spezialkommission Polizeireglement zum Polizeireglement gemäss beiliegender Synopse» und Antrag 2 «Der Einwohnerrat genehmigt das Polizeireglement (ESL 700.1) mit den zuvor beschlossenen Änderungen» der Spezialkommission abgestimmt wird und leitet zur Schlussabstimmung über.

### **Schlussabstimmungen Polizeireglement**

- ://: Mit 36 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen genehmigt der Rat sämtliche Änderungsanträge der Spezialkommission Polizeireglement zum Polizeireglement gemäss beiliegender Synopse der Vorlage Nr. 2019/154b.
- ://: Der Einwohnerrat genehmigt das Polizeireglement (ESL 700.1) mit den zuvor beschlossenen Änderungen mit 38 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme und überlässt das Inkrafttreten dem Entscheid des Stadtrats.

### **Aufhebung von Hundehaltungsreglement und Vergnügungsreglement**

Ratspräsident Verena Baumgartner (GL) stellt fest, dass keine Wortbegehren angemeldet werden und lässt abstimmen.

- ://: Einstimmig stimmt der Rat den Anträgen der Spezialkommission Polizeireglement zu und schreibt die stadträtlichen Anträge im Zusammenhang mit der Ausserkraftsetzung Reglements über die Hundehaltung (ESL 342.1) sowie des Vergnügungsreglement (ESL 541.1) als gegenstandslos ab.

**Postulat «für e suubers Lieschtel» (Nr. 2015/196)**

Ratspräsident Verena Baumgartner (GL) stellt fest, dass keine Wortbegehren angemeldet werden und lässt abstimmen.

://: Das Postulat Nr. 2015/196 «für e suubers Lieschtel» wird vom Rat einstimmig als erfüllt abgeschrieben.

**Auflösung der Spezialkommission Polizei-Reglement**

Ratspräsident Verena Baumgartner (GL) stellt fest, dass keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Die Spezialkommission Polizeireglement wird einstimmig per sofort aufgelöst.

Stadträtin Regula Nebiker bedankt sich namens des Stadtrates beim Einwohnerrat und auch bei der Verwaltung, welche dazu beigetragen haben, dass das Polizeireglement so gut angenommen und so intensiv bearbeitet wurde. Das Polizeireglement kann als Generationenwerk betrachtet werden. Dank dieser Arbeit besteht eine gute Basis welche Klarheit bringt und die Arbeit erleichtert.

**63      0.01.011.01      Einwohnerrat**

**5.      Schulanlage Rosen; Ertüchtigung als Provisorium – Bericht der Bau- und Planungskommission BPK (Nr. 2020-23)**

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten nicht bestritten wird.

Werner Fischer (FDP) nimmt als BPK-Präsident Bezug auf den Kommissionsbericht und erklärt, dass der Pavillon aus dem Jahre 1964 so instandgestellt werden soll, dass eine Nutzung für 6 weitere Jahre möglich ist. Als Vergleichszahl nennt er die Provisorien während der Bauzeit des Schulhaus Frenke, welche mit TCHF 600 nur geringfügig günstiger waren. Nach den zusätzlichen 6 Jahren wird die endgültige Lebenszeit des Gebäudes erreicht sein, ansonsten man wesentlich mehr als die geplanten TCHF 800 investieren müsste. Beim Baukredit wurde das absolute Minimum eingerechnet und alle anderen Varianten wie bspw. eine Container-Lösung usw. wären teurer geworden. Die BPK stimmt dem Projekt einstimmig zu und beantragt, dass der Einwohnerrat den Baukredit von TCHF 810 beschliesst.

Verena Wunderlin (CVP/EVP/GLP) erklärt, dass die BPK das Geschäft detailliert besprochen hat und davon überzeugt wurde, einen Architekten zur Planung und Kostenoptimierung zu engagieren, obwohl das Gebäude schon steht. Die Projektleitung wird durch die Stadtverwaltung übernommen und das Projekt selbst ist auf ein Minimum an Restaurierungen ausgelegt. Es wird darauf vertraut, dass das Kostendach eingehalten oder gar unterschritten wird. Die Mitte-Fraktion stimmt dem Baukredit einstimmig zu.

Peter Bürgin (FPD) erklärt, dass die FDP-Fraktion den Antrag diskutiert hat und vorweggenommen werden kann, dass sie den Antrag ebenfalls unterstützt. Das Projekt wird als sehr umsichtige und gute Lösung angesehen. An dieser Stelle ein grosser Dank an die Bauverwaltung für die professionellen Abklärungen. Wie in den letzten Jahren stehen in der Zukunft weitere Sanierungen und weitere Provisorien von Schulräumen an. Die gewählte Lösung ist besser als eine Lösung mit Containern, gerade auch für die Schüler. Die Kostenzusammenstellung zeigt, dass nebst der Statik auch die Gebäudehülle umfassend saniert werden muss, dabei ist eine detaillierte Abklärung der Arbeiten sehr wichtig, so dass möglichst keine Überraschungen auftauchen. Vorliegend kann von den Erfahrungen einer Sanierung eines sehr ähnlichen Gebäudes profitiert werden und da derselbe Bauingenieur beauftragt wurde, bleiben die Unsicherheiten mit hoher Wahrscheinlichkeit bei den +/- 10 %. Eine gute Planung ist gut investiertes Geld, wie man sagt. Dies ist hier zu sehen und dennoch wird darauf hingewiesen, dass gewisse Aufwandsposten relativ tief eingesetzt sind, in welchem Zusammenhang auch Eigenleistungen der Stadt erwähnt wurden. Zudem muss mit einer sehr engen Begleitung des Projekts und einem guten Kostencontrolling sichergestellt werden, dass möglichst keine Mehrkosten entstehen.

Natalie Oberholzer (GL) erklärt im Namen der Grüne-Fraktion, dass auch ihnen klar ist, dass die Ertüchtigung der Schulanlage Rosen für 6 Jahre notwendig ist. Das Stadtbauamt konnte den Fragen der BPK gut antworten und aufzeigen, dass mit den budgetierten TCHF 810 keine Luxussanierung vorgenommen wird. Sie hebt jedoch hervor, dass es etwas auffällig war, dass in der Kostenaufstellung Gärtnerarbeiten äusserst minim kalkuliert worden sind. Die Wichtigkeit einer kinderfreundlichen und ökologisch vielfältigen Umgebung darf jedoch nicht unterschätzt werden, sei es für die Gesundheit oder die Bildung. Immer öfter wird das Schulareal auch für den Unterricht genutzt. Vielleicht lässt sich eine kinder- und umweltfreundliche Umgebung auch von den Kindern und Lehrpersonen selbst gestalten. Eine Umgestaltung mit Gärtnern könnte beispielsweise als Schulprojekt in Angriff genommen werden. Die Grüne Fraktion stimmt dem Antrag des Stadtrates zu.

Patrick Mägli (SP) macht im Namen der SP-Fraktion klar, dass die Investition in den Pavillon Sinn macht. Das Provisorium erhöht die Möglichkeiten im Bereich der Schulraumplanung, bei Unsicherheiten der Schülerzahlen und bei Umbauten von bestehenden Schulbauten. Die Kosten der Ertüchtigung sind sehr moderat und die SP-Fraktion stimmt dem Kredit in Höhe von TCHF 810 einstimmig zu.

Beat Gränicher (SVP) informiert, auch die SVP-Fraktion stimme dem Kreditbegehren zu. Er betont, dass der Betrag für die Verlängerung eines Provisoriums um 6 Jahre relativ günstig ist, wenn man bedenkt, dass das Provisorium in der Frenke TCHF 600 gekostet hat und nicht nachhaltig war, da es nach 1,5 Jahren bereits wieder abgerissen wurde. Zudem steht der Stadt nach 6 Jahren brachliegendes Land zur Verfügung und es können dann noch Baurechtszinsen reingeholt werden, womit wieder eine feste Einnahmequelle gegeben ist.

Bernhard Bonjour (SP) erklärt, dass er die Idee von Natalie Oberholzer sehr bestechend findet und macht diese auch für andere Arbeiten beliebt. Und dies nicht um Kosten zu sparen, sondern weil es pädagogisch sinnvoll ist. Die Schulklassen sollen möglichst stark beteiligt werden. Es ist eine wichtige Idee, die umgesetzt werden sollte, so dass die Schüler ihr Schulhaus selber mitgestalten und etwas leisten können.

Stadtrat Daniel Muri bedankt sich für die gute Aufnahme in den Fraktionen. Er erklärt, dass er gerne das Projekt, mit Kindern gemeinsam das Schulhaus zu malen, begleiten würde, doch mit seinem Malergeschäft darf er für die Stadt Liestal leider keine Aufträge annehmen. Wie aus der Presse entnommen werden konnte, werden Schulneubauprojekte in Gemeinden auch wegen den Kosten immer wieder kritisiert und allfällig sogar verhindert. Die Stadt Liestal versucht vorliegend eine pragmatische Lösung. So arbeitet man mit Puffer, um stets flexibel zu bleiben. Das vorliegende Provisorium liefert einen solchen Puffer. Der Stadtrat ist der Auffassung, mit kleinen aber qualitativen Schritten am besten zu fahren.

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden. Sie lässt über den stadträtlichen Antrag abstimmen, welcher von der BPK einstimmig unterstützt wird.

://: Der Einwohnerrat genehmigt einstimmig den Baukredit in der Höhe von CHF 810'000.-- für die Schulanlage Rosen.



**64      0.01.011.01      Einwohnerrat**

**6.      Initiative betreffend Stadthalle für Kultur und Sport in Liestal – Bericht des Stadtrats (Nr. 2021-37)**

Ratspräsidentin Verena Baumgartner stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten nicht bestritten wird. Das Büro beantragt dem Rat, dass die stadträtliche Vorlage im Zusammenhang mit der Stadthallen-Initiative an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung überwiesen wird. Die Ratsmitglieder möchten sich nun zum Überweisungsantrag des Büros äussern.

Michael Durrer (GL) entschuldigt sich bei den Gästen auf der Tribüne, dass die Diskussion zur Stadthalle vergleichsweise kurz ausfallen wird. Die Grüne-Fraktion ist für die Überweisung in die BPK, das Anliegen und Geschäft soll von dieser richtig geprüft und angeschaut werden. An dieser Stelle erwähnt er kritische Töne gegen den Stadtrat bei vergangenen Geschäften wie beispielsweise der Ortsbus-Initiative aufgrund des Nichteinhaltens von Fristen und bedankt sich beim Stadtrat dafür, dass bei der vorliegenden Initiative die Terminvorgaben eingehalten wurden.

Anja Weyeneth (SP) erklärt, dass die SP-Fraktion der Initiative gebührend Rechnung tragen will. Es haben mehr als 1'000 Personen, unter anderem auch Einwohnerräte, diese Initiative unterschrieben, weshalb sie mit dem vorliegenden Bericht des Stadtrates nicht einfach abgehakt werden darf. Wichtig ist der SP-Fraktion eine unabhängige Prüfung, für welche auch ein Kredit gesprochen werden muss. Eine externe Studie kann die Kostenbeteiligung von Investoren, dem Kanton, der Bürgergemeinde usw. und auch den Bedarf an Räumlichkeiten prüfen. Im Kantonshauptort Liestal steckt nebst den Vereinen und dem Sport noch viel Potential. Beispielsweise Gewerbeanlässe oder kulturelle Anlässe, kantonale sowie nationale Generalversammlungen, Delegiertenversammlungen oder Parteiversammlungen, es können Kongresse stattfinden oder Messen. Auch Schulen, der Kanton oder die Stadt selbst könnten diese Halle nutzen. Auch sollen Alternativvarianten geprüft werden. Die Initiative spricht von einem Neubau, doch wer weiss, welche Gebäude in 3 - 4 Jahren vielleicht leer stehen und sich ebenfalls dafür eignen würden. Wenn die Kosten oder der Bedarf von 1'000 bis 1'500 Personen, wie es in der Initiative heisst, zu teuer oder zu gross sind, warum nicht eine Variante für einen Saal mit 500 Leuten prüfen? Man stelle sich vor, Liestal hat eine Stadthalle mit Charme und Stil, die letztlich vielleicht noch Kongress- oder Kulturhalle genannt wird, dann kommt einem vielleicht nicht immer eine Sporthalle in den Sinn. Eine Halle mit Strahlkraft und ein Bau, auf welchen man stolz sein kann. Ein Ort mit Visionspotential, der Identität stiftet und die Möglichkeit bietet, sich als Kantonshauptstadt zu positionieren. Eine Stadthalle trägt zur Lebendigkeit von Liestal bei und sorgt für eine attraktives Image. Das Ziel muss es sein, dass diese Vorlage vors Volk kommt, so wie es die Initiative verlangt. Es wird ein Miteinander von Parteien und Stimmberechtigten benötigt. Daher beantragt die SP-Fraktion eine Überweisung an die BPK. Eine Fraktionsmehrheit stellt zudem den Antrag, dass das Geschäft auch an Sozial-, Bildungs- und Kulturkommission (SBK) überwiesen wird.

Thomas Eugster (FDP) begrüsst es namens der FDP-Fraktion ausserordentlich, dass der Stadtrat den Auftrag der eingereichten Initiative so rasch an die Hand, auch ernst genommen und entsprechend schnell eine Machbarkeitsstudie erstellt hat. Für die FDP-Fraktion ist es wichtig, dass die BPK die Machbarkeitsstudie auf Herz und Nieren prüft und die dazu im Vorfeld der Einwohnerratssitzung aufgeworfenen Fragen der Initianten mit den Vertretern der Stadt erörtert und beantwortet bekommt. Die Kommission soll auch die Frage des effektiven Bedarfs nach einer solchen Halle prüfen und in diesem Zusammenhang auch klären, was eine Benutzung kosten würde. Die BPK soll zudem prüfen, ob es wirklich keine weiteren Standorte mehr gibt, wie dies die Studie zeigt. Die offenen Fragen sollen geklärt werden, damit der Einwohnerrat auch ein gesamtheitliches Bild gewinnt. Die FDP-Fraktion ist einstimmig für die Überweisung an die BPK.

Hanspeter Meyer (SVP) erklärt, dass man mit dieser Initiative, welche von sehr vielen Einwohnern und Einwohnerinnen unterschrieben wurde, in einer Art Dilemma stecke. Einerseits verlangt sie eine Machbarkeitsstudie und andererseits ist es das Ziel, innert 2 Jahren eine Abstimmungsvorlage zur Realisierung unterbreiten zu können. Die Machbarkeitsstudie liegt nun vor und es darf dem Stadtrat für die umfangreiche Arbeit gedankt werden. In finanzieller Hinsicht hat man jetzt ziemlich gute Grundlagen, aber bei den aufgelisteten Möglichkeiten besteht ein grosses Fragezeichen, da dort verschiedene Unstimmigkeiten bestehen und der Meinung der SVP-Fraktion nach auch nicht alle möglichen Orte wie Brachen des Kantons, freiwerdende Gebäude usw. geprüft wurden. Es muss schliesslich nicht ein Neubau sein. Es ist richtig, dass das Geschäft nicht einfach abgetan wird, sondern die BPK mit einer möglichst genauen Prüfung beauftragt wird. Es muss nur aufgepasst werden, dass nicht dasselbe wie bei der Militärsporthalle passiert. Die SVP-Fraktion ist einstimmig dafür, dass die BPK weitere Abklärungen trifft.

Domenic Schneider (CVP/EVP/GLP) erläutert, dass der Einwohnerrat stellvertretend für alle Liestaler und Liestalerinnen die Geschicke Liestals lenken soll. Die Bevölkerung hat mit der Initiative schon einen klaren Auftrag gegeben. Nämlich, dass geprüft wird, was eine solche Halle mit sich bringen würde. Das heisst, dass Anforderungen, Ansprüche, Möglichkeiten, Bau- und Unterhaltskosten, Betreiber der Halle usw. zu prüfen sind. Der Auftrag war aber auch, dass man im Anschluss darüber abstimmen kann. Es mag sein, dass die Initiative vielleicht nicht 100 %-ig richtig formuliert ist, aber der Auftrag war dennoch klar und muss sichergestellt werden. Die Mitte-Fraktion ist deswegen der Auffassung, dass die Initiative nicht als erledigt abgeschrieben werden sollte und empfiehlt die Überweisung an die BPK.

Daniel Schwörer (FDP) stellt fest, dass die Vorlage ziemlich sicher an die BPK überwiesen wird. Er gibt der BPK noch eine Denksportaufgabe mit. Wenn man den Beschlussantrag des Stadtrates anschaut, dann sieht man unter Ziffer 3 einen versteckten rechtlichen Pferdefuss, indem der Stadtrat beantragt, dass der Einwohnerrat die Kenntnisnahme der Machbarkeitsstudie beschliessen soll. Das Gemeindegesetz bestimmt jedoch, dass Kenntnisnahmen nicht dem Referendum unterstellt werden können. Andererseits verlangt das Gemeindegesetz aber auch, dass eine Initiative einen Gegenstand betreffen muss, der in die Zuständigkeit des Einwohnerrates fällt, was vorliegend gegeben ist, und dass der Gegenstand zusätzlich referendumsfähig sein muss. Kenntnisnahmen sind aber nicht referendumsfähig, weshalb er die BPK darum bittet, einen Ausweg zu finden. Dieser könnte darin liegen, dass ein Beschlussantrag der BPK kommt, welcher einen Kredit beinhaltet. Der Kreditbeschluss wäre dann referendumsfähig. Auch mit dem Behördenreferendum würde der Souverän über das Geschäft abstimmen können. Die FDP-Fraktion hat all dies schon eingehend beraten und Werner Fischer ist als BPK-Präsident ebenfalls gebrieft. Kurzum ist es besonders wichtig, dass die BPK einen Beschlussantrag liefert, welcher referendumsfähig ist.

Stadtrat Daniel Muri bedankt sich für die ergangenen Voten und erklärt, dass das Geschäft sehr gerne in die BPK genommen und dort weiter behandelt wird, um ein zufriedenstellendes Ergebnis zum weiteren Vorgehen liefern zu können.

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden und sie nun über die beiden Anträge abstimmen lässt.

://: Der Antrag des Ratsbüros für die Überweisung der Vorlage Nr. 2021-37 an die Bau- und Planungskommission (BPK) wird einstimmig gutgeheissen.

://: Der Antrag der SP-Fraktion für eine Überweisung der Vorlage an die Sozial-, Bildungs- und Kulturkommission (SBK) wird mit 11 Ja-Stimmen gegen 21 Nein-Stimmen bei 7 Enthaltungen abgelehnt.

**65      0.01.011.01      Einwohnerrat**

**7.      Fragestunde**

**1. Frage / Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) – Covid-19 Testreihen an Primarschulen Liestal**

Wie ist bei einem positiven Pooling Ergebnis die Strategie der Schulleitung?  
Dauer, Fernunterricht, Fremdbetreuung der Kinder, etc.?

*Stadtrat Lukas Felix erklärt, dass die Tests jeweils am Freitagmorgen stattfinden und die Resultate bereits am Freitagabend vorliegen. Bei einem positiven Poolresultat werden alle Beteiligten aufgefordert individuell zu testen. Für den darauffolgenden Montag wird dann Fernunterricht von der Schulleitung angeordnet, damit geklärt werden kann, wie und inwiefern der Unterricht fortgesetzt werden kann. Das ganze bezüglich Isolation, Quarantäne usw. was folgt, wird vom kantonsärztlichen Dienst angeordnet oder verordnet. Wie bis anhin ist es aber so, dass sämtliche Massnahmen, die in den Primarschulen getroffen werden, auf Empfehlung oder Anordnung des kantonsärztlichen Dienstes angeordnet werden. Zur Frage nach der Fremdbetreuung der Kinder, kann nur zu den Tagesstrukturen der Schulen Stellung genommen werden. Dort ist es bei einem positiven Ergebnis am darauffolgenden Montag ebenfalls nicht möglich an den Tagesstrukturen teilzunehmen, weil die Kinder für diesen Tag eine von der Schulleitung angeordnete Quarantäne haben. Auf weitere private Fremdbetreuung hat die Stadt Liestal keinen Einfluss, da dies weiterhin dem kantonärztlichen Dienst unterliegt.*

**2. Frage / Denise Meyer (SVP) – Instandstellung Industriestrasse**

Diese Strasse weist viele und teils sehr grosse Schlaglöcher auf, welche besonders für Velofahrer eine grosse Gefahr bedeuten. Können diese Löcher – mindestens notfallmässig – unverzüglich geflickt werden?

*Stadträtin Marie-Theres Beeler erklärt, dass es jeden Frühling diese Löcher gibt. Das sind Strassenschäden, welche im Winter entstanden oder schlimmer geworden sind, wie beispielsweise in der Industriestrasse. Sobald es nicht mehr gefriert, wird damit angefangen, die schlimmsten Schäden zu reparieren. Dabei ist die Industriestrasse weit oben auf der Liste.*

## **NEUE VORSTÖSSE - Begründung**

Ratspräsidentin Verena Baumgartner hält fest, dass sich nun Ratsmitglieder, welche neue Vorstösse eingereicht hatten, diese gemäss § 45 des Geschäftsreglements am Schluss der heutigen Sitzung noch mündlich begründen können.

Sie stellt nach Umfrage fest, dass davon niemand Gebrauch machen möchte.

\* \* \* \* \*

## **Fortsetzungssitzung vom 25. März 2021**

Ratspräsidentin Verena Baumgartner informiert darüber, dass an der heutigen Sitzung die Traktandenliste mit einigen Geschäften abgearbeitet werden konnte, doch hat das Ratspräsidium soeben entschieden, dass definitiv am Donnerstag, 25. März 2021, 17.30 Uhr, die heutige Sitzung fortgesetzt wird.

Diejenigen Ratsmitglieder, die sich für die Fortsetzungssitzung vom 25. März 2021 entschuldigen lassen müssen, möchten dies bitte dem Ratsschreiber bis am 24. März 2021, 12.00 Uhr, mitteilen.

\* \* \* \* \*

Schluss der Sitzung: 19.20 Uhr

## Fortsetzungssitzung vom 25. März 2021

### Präsenz

Für die heutige Sitzung haben sich die Ratsmitglieder Derungs Reto (SP), Heinzelmann Lukas (SVP) und Oberholzer Natalie (GL) entschuldigen lassen.

Stadträtin Regula Nebiker wird die Sitzung um ca. 18.45 Uhr verlassen müssen und deren Geschäfte werden anschliessend von Stadtrat Lukas Felix vertreten.

Stadträtin Marie-Theres Beeler wird etwas später zur heutigen Sitzung erscheinen.

### Mitteilungen des Ratspräsidiums

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) begrüsst die Anwesenden zur heutigen Fortsetzungssitzung, an welcher die traktandierten Geschäfte der Ratssitzung vom 17. März 2021 weiter abgearbeitet werden.

Im Zusammenhang mit dem angepassten Schutzkonzept COVID-19 werden folgende Punkte speziell erwähnt:

- Der Sitzplan mit den Sicherheitsabständen ist beim Eingang zum Landratssaal angeschlagen und den Ratsmitgliedern mit gestriger E-Mail der Sitzung zur Kenntnis gebracht worden.
- Beim Eingang in den Landratssaal werden Hygienemasken abgegeben. Für alle Anwesenden im Landratssaal gilt die Maskentragpflicht.
- Die Redner bleiben bei ihren Voten sitzen. Die Referenten bzw. Kommissionspräsidenten werden die Kommissionsberichte an ihrem eigenen Platz vorstellen.
- Die Benützung der Desinfektionsmittel-Spender bei den Ein- und Ausgängen wird empfohlen.
- Die Türen im Landratssaal bleiben offen, sofern möglich. Die Fenster bleiben geschlossen.
- Die Zuschauertribüne ist offen. Die Gäste auf der Tribüne haben sich in einer Präsenzkontrolle einzutragen. Die Besucherzahl ist gemäss BAG-Vorschriften auf max. 18 Personen beschränkt.
- Wer krank ist oder sich krank fühlt, muss die Veranstaltung verlassen.
- Am Schluss der Sitzung muss der Saal und das Regierungsgebäude verlassen werden. Ein Verweilen im Vorraum oder Foyer ist nicht gestattet.
- Es findet keine Pause statt.

Die heutige Sitzung wird ohne Pause durchgeführt und spätestens 20.00 Uhr geschlossen. Ratsmitglieder, welche den Saal verlassen, möchten dies dem Vizepräsidenten anzeigen, damit dieser eine Kontrolle über die anwesenden Stimmberechtigten hat.

Büromitglied Bernhard Bonjour (SP) wird etwas später zur Sitzung erscheinen, weshalb stellvertretend Ersatz-Büromitglied Anja Weyeneth (SP) als Stimmenzählerin zum Einsatz kommt. Anstelle von Bruno Imsand (FDP) wird Daniela Reichenstein (FDP) als Stimmenzählerin amtiert, da Bruno Imsand die Sitzung früher verlassen muss.

## Mitteilungen Stadtrat

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) hält fest, dass den Ratsmitgliedern mit heutiger E-Mail des Ratsschreibers vorangezeigt wurde, dass der Stadtrat aus aktuellem Anlass über die Corona-Demonstrationen vom 20. März 2021 informieren wird. Nach den stadträtlichen Informationen haben die Ratsmitglieder die Möglichkeit, zu diesen auch Fragen zu stellen.

Stadträtin Regula Nebiker begrüsst die Anwesenden und betont, dass es ihr wichtig ist, auch hier im Einwohnerrat über den letzten Samstag und die Anti-Corona-Demonstration berichten und informieren zu können. Der Stadtrat hat damals die Bewilligung erteilt, da zu diesem Zeitpunkt, so wie auch heute, politische Demonstrationen gemäss Bundesrat ausdrücklich erlaubt waren und sind, da es sich um ein demokratisches Grundrecht handelt. Auch auf Bundesebene gibt es keine Angaben zu Begrenzungen, genauso wenig wie im Kanton Basel-Landschaft. Einzig in den Kantonen Bern und Zürich bestehen Einschränkungen der demonstrierenden Gruppen auf 15 Personen. Der einzige Grund, eine solche Bewilligung nicht zu erteilen, wären bestehende Sicherheitsbedenken. Dies wird allerdings von der Kantonspolizei beurteilt und nicht von der Stadt Liestal selbst. Die ganze Sache wurde seit Beginn der Planung intensiv beobachtet. Die Polizei hatte jedoch zu keinem Zeitpunkt genügend grosse Sicherheitsbedenken, als dass man die Bewilligung hätte entziehen können oder dürfen. Allerdings legte man die Route, da nicht abschätzbar war, wie viele Leute vom Anlass angezogen würden, so, dass die Menschenmenge nichts ins Stedtlı gelangte. Die Gruppe wurde letztlich der Kasernenstrasse entlang bis zum Sportplatz des Schulhaus Frenke gelenkt. Dort war die Logistik am einfachsten zu handhaben und am Platz konnte zudem kein richtiger Schaden entstehen, da dieser ohnehin schon bald umgebaut wird. Die Bewilligung war ausserdem mit Auflagen verbunden, von welchen eine selbstverständlich das Einhalten der BAG-Vorschriften war. Die Polizei beschloss angesichts der Masse, dass ein durchsetzen der BAG-Vorschriften nicht möglich ist. Stattdessen sorgte die Polizei dafür, dass die Gruppe geschlossen bleibt und sich die Teilnehmer nicht unter die übrigen Menschen mischen. Der Stadtrat ist entsetzt, da die Veranstalter klar gegen die Auflagen verstossen haben, was rücksichts- und verantwortungslos war. Die Empörung eines Grossteils der Bevölkerung über dieses Verhalten wird vom Stadtrat geteilt und verstanden. Eine Bewilligung kann halt nicht im Voraus entzogen werden, indem man den Veranstaltern oder Teilnehmern unterstellt, dass sie sich sowieso nicht an die Auflagen halten werden. Insgesamt haben die Veranstalter und Demonstranten sich und ihrer Sache keinen grossen Gefallen getan, denn als Konsequenz lehnen andere Gemeinden wie beispielsweise Muri Gesuche für eine entsprechende Demo ab. Dies ist wohl die gute Konsequenz aus diesem sehr problematischen Samstag. Die Stadt Liestal erhielt viele Anfragen und Reaktionen aus der ganzen Schweiz, wobei klar ist, dass es sich nicht um eine schöne Schlagzeile handelt, in welcher man vorkommt. Auch in den Sozialen Medien gab es Reaktion darauf so etwa «#noLiestal». Aus einer gewissen Distanz betrachtet, muss man sagen, dass diese grosse Empörung eine gute Sache ist. Denn das bedeutet, dass die Akzeptanz der Corona-Massnahmen in der breiten Bevölkerung nach wie vor gross ist. So gesehen muss man die Sache von der guten Seite her nehmen, auch wenn es vielen Angst gemacht oder Besorgnis erregt hat.

Daniel Schwörer (FDP) wendet ein, dass diese Stellungnahme so wirke, als ob die Stadt Liestal unisono mit dem Stadtrat gegenüber dieser Demonstration Schelte erteile. Er betont im Gegensatz dazu, dass in der Schweiz eine Kundgebungsfreiheit besteht und dass die Kundgebung friedlich abgehalten wurde. Es sei vielleicht für die eine Seite ungewohnt, wenn die andere Seite Kundgebungen durchführt, wenngleich es umgekehrt als Normalität gilt. Man darf auch hier einfach akzeptieren, dass die Kundgebungsfreiheit wahrgenommen wurde. Das hier ein solches Werturteil im Namen der Stadt über diese Kundgebung von 6'000 Menschen ergeht, empfindet er als unpassend. Zudem macht er klar, dass er auch den Tonfall kritisieren möchte, welchen man in der Verlautbarung des Stadtrates hören durfte. Dieser glich einer Schelte und war herabwürdigend. Wenn diese Leute die Maskenpflicht nicht eingehalten haben, ist das natürlich nicht in Ordnung. Wenn aber natürlich die Stadt oder der Kanton es

verpassen, Strafbestimmungen gegenüber den Organisatoren anzudrohen, falls die Maskenpflicht nicht eingehalten wird, ist das ein Unterlassen des Staates. Er weist noch einmal darauf hin, dass wenn hier von Seiten des Stadtrates von einer stadtweiten Empörung gesprochen wird, muss er ganz deutlich sagen, dass es auch Einwohner gibt, die eine andere Auffassung haben und welche die Kundgebung akzeptieren. Wenn man sich überhaupt schon überlegt, unter welchen Aspekten die Kundgebung verboten werden könnte, dann ist das ein wenig ein seltsames Verständnis zu unserer Demokratie. Er möchte zur Kenntnis bringen, dass diese quasi einhellig vorgebrachte Meinung des Stadtrates sicher nicht von allen Einwohnerinnen und Einwohner geteilt wird.

Beeler Dominik (GL) betont, dass eine Kundgebung während eine Pandemie stattgefunden hat und wir alle die Verantwortung haben, jene in der Gesellschaft zu schützen, für welche es nicht so einfach wegsteckbar ist, wenn es zu einer Erkrankung kommt. Es haben sich viele verschiedene Menschen zusammengefunden und viele davon machen sich einfach Sorgen. Sie sind auch nicht irgendwie extrem, aber dennoch haben sich Rechtsextreme oder Verschwörungstheoretiker in dieser Kundgebung angehängt, sodass es gar zu gewalttätigen Übergriffen auf Journalisten kam. Wenn die Stadt, vielleicht leicht naiv, den guten Willen zeigt und die Kundgebung mit der Auflage der Maskenpflicht bewilligt und dann kommen all diese Menschen von überall aus der Schweiz und missachten diese Maskenpflicht, dann gefährden sie damit alles, was wir als Gesellschaft mit dem Lockdown zu erreichen versuchen. Dann ist das Hohn und es ist richtig, dass der Stadtrat das kritisiert.

Wunderlin Verena (CVP/EVP/GLP) stellt die Frage, wer das grosse Polizeiaufgebot zahlen muss. Ist das die Stadt Liestal oder der Kanton? Sie fügt an, dass dies vielleicht bereits gesagt wurde und sie es nicht mitbekommen hat, da sie nicht von Beginn an anwesend war.

Dominique Meschberger (SP) bedankt sich beim Stadtrat für das überzeugende Statement. Sie findet, dass sie als Liestaler-Einwohnerin von diesen Demonstranten verarscht wurde und es nicht in Ordnung ist, wenn wenn diese sich nicht an geltende Auflagen und Regeln halten. Und genau so funktioniert Demokratie. Regeln müssen halt befolgt werden, weil ein grösserer Teil der Bevölkerung glaubt, dass es nötig ist, diese Regeln zu befolgen.

Thomas Eugster (FDP) sagt, dass dieses Thema auch im Landrat in der Fragestunde diskutiert worden sei. Offenbar geht es hier auch um das Problem, dass die Polizei nur büssen darf, wenn dies in der Bewilligung auch ganz klar so vermerkt ist. Ihn würde es interessieren, da es ein Abwägen zwischen Demonstrationsrecht der Einhaltung von Sicherheitsvorschriften gewesen und die Bewilligung schon lange erteilt worden ist, wie diese Abwägung stattgefunden hatte. Denn nach den beobachtbaren Erlebnissen in anderen Städten wie Chur usw. hätte die Bewilligung nachträglich entzogen werden können, da das Nichteinhalten der Auflagen vorhersehbar war.

Stadträtin Regula Nebiker wendet sich an Daniel Schwörer und erklärt, dass sie seinem Votum nicht folgen kann, denn der Stadtrat hat ja genau das beachtet. Bei der Erteilung der Bewilligung hat sich der Stadtrat gesagt, dass das Grundrecht wichtig ist. Daher wurde die Bewilligung erteilt und später auch nicht entzogen. Damit konnte auch gezeigt werden, dass wir eben nicht in einer Diktatur leben, sondern Kundgebungen von anderen Meinungen als dem Mainstream möglich sind. Grundsätzlich sind solche Demonstrationen von verschiedenen Seiten ganz normal und trotz Störpotential auch wichtig. Bezüglich dem Nichteinhalten der Massnahmen und auch hinsichtlich der ganzen juristischen Frage, welche Thomas Eugster angesprochen hat, sind wir uns alle nicht ganz einig. Allerdings ist es bei einer Güterabwägung nicht zentral, jedem eine Busse zu geben, welchen wir irgendwo auf einem Foto ohne Maske sehen, auch wenn das möglich wäre. So etwas wäre Aufgabe des Kantons, da diesem die Durchsetzung der BAG-Vorschriften obliegt. Die Demonstranten haben sich, ihrer Meinung nach, bereits selbst bestraft, da durch das an den Tag gelegte Verhalten eine weitere Bewilligung ihrer Demo schwierig wird. Wesentlich ist, dass die Demo eine Wirkung erzielt hat, was im Sinne einer funktionierenden Demokratie ist. Auch wenn sich die Organisatoren vom Ablauf

her an die Vorgaben gehalten haben, so wurde die Maskentragpflicht missachtet, was verurteilt werden muss. Zudem gab es ganz viele Menschen, die durch die Demo verunsichert wurden und diesen Menschen muss man auch Gehör schenken. Vorliegend wurde ihrer Meinung nach eine Freiheit missbraucht, was es leider auch gibt. Zur Frage von Vreni Wunderlin, kann sie sagen, dass die Durchsetzung der Sicherheit dem Kanton obliegt. Das kostet halt etwas, aber so hat auch die Demokratie ihren Preis.

### **Persönliche Erklärungen und Fraktionserklärungen**

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) stellt nach Umfrage fest, dass aus dem Rat kleine persönlichen Erklärungen oder Fraktionserklärungen abgegeben werden.



**66      0.01.011.01      Einwohnerrat**

**8.      Recycling SBB-Baustelle – Interpellation betreffend Recycling auf SBB-Baustelle von Beat Gränicher der SVP-Fraktion (Nr. 2020-19)**

Stadtrat Daniel Muri nimmt Bezug auf die Interpellation Nr. 2020-19 und beantwortet die Fragen des Interpellanten wie folgt:

*Ist dem Stadtrat bekannt, wohin die Sandsteine entsorgt wurden?*

Gemäss Auskunft der SBB sind die Sandsteine wegen Kupferabrieb und Gleisabrieb belastet und sehr stark kontaminiert. Deshalb wurde das Ausbruchmaterial in der Verantwortung des Unternehmers als belastetes Material in eine entsprechende Deponie abgeführt.

*Kann man allenfalls beim zweiten Abriss, (Seltisbergerstrasse) noch intervenieren?*

Die Pfeiler sind bereits abgerissen und entsprechend entsorgt worden.

*Recycling wäre wünschenswert. Wie verhält sich der Stadtrat dazu?*

Das Bundesamt für Verkehr hat der SBB diesbezüglich keinerlei Auflagen erteilt. Die SBB gab auf unsere Anfrage aber Antwort. Das restliche Aushubmaterial, welches noch als Hinterfüllung verwendet werden kann, werde zur Aufbereitungsanlage in Nuglar abtransportiert. Die Anlage hat der Baumeister installiert und liegt im Verantwortungsbereich des Unternehmers. Nach einer entsprechenden Aufbereitung mit waschen und verkleinern des Materials wird es dann wieder nach Liestal transportiert und eingebaut. Er kann sich aber vorstellen, dass sich die Frage auf die aktuell bekannte kantonale Strategie bezieht. Hierzu kann er mitteilen, dass der Stadtrat eine eigene Vernehmlassungsantwort verabschiedet hat. Bereits in der Stellungnahme zur Erweiterung der Deponie Höli und zum Richtplaneintrag hat der Stadtrat wiederholt betont, dass eine Limitierung vom Deponievolumen und damit eine Begrenzung der jährlichen Ablagerungsmenge eine wesentliche Voraussetzung für die zukünftige Erweiterung der Höli-Deponie ist. In der Stellungnahme zum kantonalen Richtplan aus dem Jahr 2018 haben wir explizit gefordert, dass es zur Steuerung der zukünftigen Abfallmenge und Etappierung einer griffigen Recyclingstrategie bedarf und zugleich eine regulierende Preispolitik verfolgt werden muss. In der Vorlage wird unseres Erachtens die Wiederverwertung von Recyclingbaustoffen noch zu wenig berücksichtigt. Denn nur wenn es einen Absatzmarkt für Recyclingbaustoffe gibt, macht eine Aufbereitung auch wirklich Sinn. Der Kanton sieht vor, dass er eine Lenkungsabgabe von CHF 10 bis CHF 20 pro Tonne erheben will. Dies schafft einen Anreiz, dass mehr Material der Aufbereitung zugeführt wird, was unseres Erachtens Sinn macht. Gleichzeitig sollen aber auch Gelder aus der Lenkungsabgabe dazu dienen, dass der Absatz von recycelten Baustoffen gefördert wird. Unter anderem unterstützen wir auch den Aufbau einer Fachstelle, namentlich einer «Vollzugsorganisation Baustoffkreislauf». Der Kanton sieht vor, dass er einen Teil der Einnahmen aus der Lenkungsabgabe im Giesskannenprinzip über die Abwasserrechnung an die Bevölkerung im ganzen Kanton zukommen lassen will. Dies kommt für uns, und das haben wir in unserer Stellungnahme ganz klar deponiert, nicht in Frage. Vielmehr müssen die betroffenen Standortgemeinden mit mindestens 50% aus der Lenkungsabgabe entschädigt werden. Schliesslich lösen wir in Liestal mit der bedeutendsten Deponie Höli im Kanton ein grosses Problem, nämlich einen geeigneten Standort zu finden. Dass die Gemeinden und somit die Bevölkerung, die sich der Verantwortung stellen und Änderungen im Landschaftsbild, Lärm und Staub in Kauf nehmen, auch angemessen entschädigt werden ist nicht mehr als recht und fair. Fazit ist, dass wenn das längst überfällige beim Kanton bestellte Uhrwerk «Nachhaltige Recyclingstrategie, Umsetzung und Planungssicherheit für die Betreiber» zum Laufen kommen soll, dann benötigt dies das Zahnrad «Bürgergemeinde Liestal», das Zahnrad eines dynamischen und fortschrittlich eingestellten Verwaltungsrates seitens Deponiebetreiberin, das Zahnrad der Akzeptanz von Umweltverbänden, Kommissionen und der Bevölkerung sowie letztendlich das Zifferblatt des Kantons. Das letzte fehlende Teilchen dieses Uhrwerkes ist das Rädchen, welches wir selbst aufdrehen können und das ist die Stadt und Einwohnergemeinde Liestal. Wem das noch nicht bewusst ist, und das erlaube ich mir hier etwas pointiert zu sagen, dem seine Uhr tickt noch nicht so rund, wie wir uns das wünschen.

Beat Gränicher (SVP) zeigt sich zufrieden mit der Antwort wünscht als Interpellant die Diskussion.

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) stellt nach Umfrage fest, dass die Diskussion unbestritten ist.

Beat Gränicher (SVP) stellt als Verfasser der Interpellation fest, dass er sein Votum vorbereitet habe und deshalb einige Punkte von Stadtrat Daniel Muri wiederhole. Er betont, dass es darum gehe, weniger unnötige Abfälle zu haben und wieder zu verwerten, was möglich ist. Über eine Million Tonnen Abfall landen pro Jahr auf Baselbieter-Deponien und neue Deponien werden vom Stimmvolk nicht einfach angenommen und gutgeheissen. Wenn nur 30 % dieser Abfallmenge recycelt werden könnten, wäre schon einiges in Richtung Umwelt erreicht. Das bedingt jedoch Bewilligungen für Abrisse, Lenkungsabgaben und beispielsweise die Selbstverpflichtung des Kantons, bei Bauprojekten Recyclingmaterial einzusetzen. Mittlerweile hat auch der Kanton Basel-Landschaft gemerkt, dass recyceln nötig ist und sogar etwas in die Kasse spülen dürfte. Andere Kantone wie Zürich sind uns Welten voraus und haben uns vorgelebt, wie man das machen kann. Wenn er mit seiner Interpellation etwas erreichen und die Diskussion eröffnen konnte, dann ist er eigentlich schon zufrieden.

Loris Jeitziner (SP) bedankt sich im Namen der SP-Fraktion bei Beat Gränicher für diese Interpellation, in welcher gute und wichtige Fragen gestellt werden. Ebenfalls bedankt er sich bei Stadtrat Daniel Muri für die sehr interessanten Ausführungen und die sehr gute Beantwortung der Interpellationsfragen.

Werner Fischer (FDP) gibt bekannt, dass er alles was bisher dazu gesagt wurde zu 100 % unterstützen kann. Dennoch möchte er an dieser Stelle ein Thema öffnen, welches beim Recycling sehr wichtig ist. Man muss sehen, dass die Grenzwerte teilweise, so zum Beispiel die Grenzwerte von Böden, wahrscheinlich zu tief sind. Hier müsste man vermutlich beim Kanton vorstellig werden. Es kann doch nicht sein, dass der Boden einer Gemüsegärtnerei abgestossen, dass Strassenränder abgeführt oder teilweise sogar Flächen aus der Landwirtschaft abführt und in die Deponie bringt, nur weil sie etwas zu viel Kupfer, Blei oder sonstige Stoffe enthalten. Das Problem ist oft also, dass die Wiederverwertung gar nicht möglich ist, weil der Kanton sagt, dass gewisse Werte zu hoch sind oder ähnliches. Recycling ist auch für ihn etwas sehr Wichtiges, aber man muss sich fragen ob all diese Grenzwerte heute noch stimmen. Vielleicht sollten Ratsmitglieder, welche auch im Landrat sitzen, diesbezüglich einen Vorstoss im Landrat machen.

Thomas Eugster (FDP) nimmt Bezug auf die Aussage des Vorredners und erklärt, dass man bereits eine Stellungnahme verfasst habe, denn es ist wichtig, dass sich der Kanton mit dem Baustoffkreislauf befasst. Ganz wichtig ist tatsächlich, dass Recyclingbaustoffe schon heute preislich völlig konkurrenzfähig und teilweise sogar günstiger sind. Tatsächlich ist man eher beim Einsatz eingeschränkt, was mit Normen zu tun hat. Ein Punkt ist effektiv, wie Werner Fischer gesagt hat, dass diese Normen immer wieder kritisch überprüft werden müssen. Mit Recyclinganlagen kann man sicher säubern, allerdings sind da Grenzen gesetzt. Wenn also ein Fortschritt gemacht werden will, müssen allenfalls die Normen angepasst werden, so dass mehr Mengen wiederverwendet werden können.

Albert Siegwart (GL) hält alles bisher Gesagte wichtig und richtig. Er ergänzt zu den Schadstoffgrenzwerten, dass man wohl bald einmal gar zu viel Recyclingbaustoffe hätte, würde man alles abgebrochene Material wieder verwenden. Der Kanton Basel-Landschaft verfügt leider noch über keine solche Recyclinganlage. Bei den Schadstoffgrenzwerten ist vordergründig das Problem, dass Recycling zuerst einmal Downcycling ist, weil die Stoffe kontaminiert sind. Bei den Strassenrändern und den Böden, welche Werner Fischer erwähnt hat, ist er einverstanden, dass man die Grenzwerte diskutieren muss. Aber Strassenränder mit Blumenrabatten haben keinen Nährwert und es ist völlig richtig, dass diese Erde im Elbisgraben

zwischenlagert und dann am gleichen Ort wie zuvor wiederverwendet wird. Die kontaminierten Böden sind wirklich ein Problem und man muss gut schauen, dass die Qualität der Recyclingbaustoffe stimmt und nicht stetig abnimmt, denn sonst geht deren Akzeptanz verloren. Ein ganz anderer Punkt, den er erwähnt haben will, ist die Tatsache, dass es wahnsinnig billig ist, ein Haus abzubrechen und in der Höli zu deponieren. Hier appelliert er an die Bürgergemeinde, da man für nur CHF 40.00 pro Tonne den Abfall deponieren kann und Rabatte sehr grosszügig gewährt werden. Er wäre froh, wenn die Bürgergemeinde einheitliche und angemessene Preise machen und Rabatte mit mehr Zurückhaltung gewähren würde.

Sonja Niederhauser (CVP/EVP/GLP) findet die Interpellation wichtig, da das Thema alle beschäftigt. Sie glaubt, dass die Diskussion mittlerweile etwas abgeschweift ist und vielleicht sogar die Kompetenz des Einwohnerrates übersteigt. Die Stadt hat ein klares Statement verkündet und auch der Kanton und der Landrat sind daran, etwas zu bewegen. Sie dankt dem Stadtrat für das klare Statement.

Domenic Schneider (CVP/EVP/GLP) erklärt, dass er auf zwei Dinge eingehen will. Nämlich das Zwischenlagern und das Wiederverwenden. Er nimmt Bezug auf die Baustelle beim Wiedenhub, wo während vier Wochen pro Woche ca. 800 Lastwagen gefüllt mit Material nach Schöffland AG gefahren sind, um dort das Material in die Endlagerung zu geben. Dies weil die Deponie Höli geschlossen wurde, weil die vom Bürgerrat definierte Menge bereits erreicht war. Im Wiedenhub wird aktuell zertifizierter Kies hinterfüllt, dabei handelt es sich nicht um Recycling-Kies, da dieser pro Tonne etwa CHF 2.00 teurer ist als jener direkt ab Halde. Er nimmt die Hinweise und Empfehlungen an die Bürgergemeinde entgegen, ohne diese gross zu kommentieren. Betreffend Höli 2 wird der Bürgerrat zur richtigen Zeit mit den richtigen Informationen wieder in den Einwohnerrat gelangen, sodass danach alle denselben Informationsstand haben.

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

*Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation durch den Stadtrat.*

**67      0.01.011.01      Einwohnerrat**

**9.      Ruftaxi statt Ortsbus – Postulat «Ruftaxi statt Ortsbus: Mehr öV zum gleichen Preis» von Stefan Fraefel und Yves Jenni der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2020-16)**

Stadtrat Daniel Muri erklärt, dass der Stadtrat das Postulat nicht übernehmen möchte. Für viele denkbare Kunden ist das Ruftaxi nicht wirklich geeignet, zumal am Bahnhof bereits bezahlbare Taxis stehen. In ähnlichen Gemeinden, welche gleich gross oder grösser als Liestal sind, bewegen sich die Kosten zwischen CHF 40'000.-- und CHF 50'000.-- pro Jahr. Auch die Abstimmung über die Ortsbus-Initiative hatte gezeigt, dass die ablehnenden Haltungen meist mit den Kostenfolgen begründet wurden. Für betagte oder ältere Personen gibt es Angebote, beispielsweise auch vom Verein «Senioren für Senioren», welche zum Teil bereits ab 55 Altersjahren beansprucht werden können.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) hält als Postulant fest, dass es schön wäre, wenn man als Postulant zuerst etwas Werbung für den Vorstoss machen könnte, bevor man hört, weshalb er schlecht ist. Er kann sich auch vorstellen, mit welchem Enthusiasmus sich der Stadtrat mit dem Postulat auseinandersetzen würde, wenn es denn überwiesen wird. Dennoch bittet er darum, dem Postulat im Sinne von «prüfen und berichten» eine Chance zu geben. Die Abstimmung über den Ortsbus ging relativ knapp verloren, es muss aber eingeräumt werden, dass die Kosten einfach zu hoch gewesen wären. Das Problem der schlechten Erschliessung gewisser Quartiere in Liestal ist mit dieser Feststellung aber nicht gelöst. Das Ruftaxi ist in vielen Unterbaselbieter-Gemeinden seit Jahren ein Erfolgsmodell, weshalb es eine genauere Prüfung verdient hat. Die Nachfrage besteht und die Kosten sind im Vergleich zum Ortsbus massiv tiefer, indem es etwa einen Zehntel der Kosten ausmacht. Ob man sich das dann leisten kann ist eine zusätzliche Frage, die geklärt werden müsste. Es bleibt festzuhalten, dass die Einwohner Liestals gleich viel Steuern zahlen, aber nicht im gleichen Ausmass von öV-Angeboten profitieren können. Hier sollte man für einen gewissen Ausgleich sorgen, welcher mit dem Ruftaxi erreicht werden könnte. Da die Initiative zum Ortsbus von ca. 40% der Stimmbevölkerung unterstützt wurde, haben es verschiedene neue Modelle verdient, angeschaut und abgeklärt zu werden. Sollte die Abklärung ergeben, dass sich das Ruftaxi für Liestal nicht eignet, dann ist das so. Es geht vorliegend darum, diese Alternative zu prüfen und nicht darum, diese Alternative unbedingt einführen zu wollen. Er bittet darum, das Postulat zu unterstützen.

Yves Jenni (CVP/EVP/GLP) betont als Mitpostulant, dass solche Ruftaxi keine Hauptträger, sondern Bestandteile eines Hauptkonzeptes sein könnten. Wir sollten damit aufhören, immer nur auf eine Lösung zu setzen, sondern vielmehr die Ausgestaltung eines Systems mit verschiedenen Lösungsansätzen verfolgen. Genau daher ist es schade, dass der Stadtrat das Postulat nicht übernehmen will. Zusammen mit den folgenden beiden Postulaten müssten also quartierspezifische Lösungen gesucht werden, was mit Sicherheit prüfenswert ist. Daher macht auch er beliebt, dieses Postulat an den Stadtrat zu überweisen.

Dominique Meschberger (SP) erklärt im Namen der SP-Fraktion, dass sie das Postulat unterstützen. Sie sind auch der Meinung, dass die Abstimmung zum Ortsbus gezeigt hat, dass der Bedarf an einer solchen Lösung existiert. Es müssen so rasch als möglich Lösungen gefunden werden. Nicht nur alte, sondern alle Menschen sollen von einer solchen Lösung profitieren können. Sie unterstützt auch die Idee mit parallel existierenden bzw. kombinierten Lösungen.

Dominik Beeler (GL) nimmt namens der Grünen Fraktion zu allen der folgenden drei Vorstösse Stellung. Gleichzeitig wird er auch die Position des Initiativkomitees der Ortsbusinitiative wiedergeben. Wie bereits ausgeführt wurde, erhielt die Ortsbusinitiative die Unterstützung von 2'246 Stimmberechtigten. Damit wurde verdeutlicht, dass die Erschliessung des Sichert- und des Langhag-Quartiers ein grosses Bedürfnis in der Bevölkerung ist. Von den Initiativgegnern wurde nach dem knappen Nein in Aussicht gestellt, dass im Einwohnerrat alternative

Lösungsvorschläge eingebracht werden. Daher ist es sehr erfreulich, dass die Mitte dieser Aufforderung nachgekommen ist. Das Bedürfnis der Bevölkerung kann hingegen mit keiner der neu vorgeschlagenen Lösungen gleich gut gestillt werden, wie dies mit dem Ortsbus möglich gewesen wäre. Die Grüne Fraktion unterstützt die mehrspurige Lösungsvariante, weshalb sie das vorliegende und auch die folgenden beiden Postulate einstimmig unterstützen wird.

Thomas Eugster (FDP) erläutert, dass die FDP-Fraktion das anders sieht und die Postulatsüberweisung nicht unterstützen wird. Der erste Grund ist ein rein ordnungspolitischer Grund. Es fand eine Abstimmung statt, welche abgelehnt wurde. Bereits am nächsten Tag wieder mit neuen Ideen zu kommen ist nicht in Ordnung. Solch ein Abstimmungsergebnis hat man halt zu akzeptieren, was nicht heisst, dass es keine anderen Lösungen gibt, aber sicher nicht ein paar Tage danach. Der zweite Grund ist das mittlerweile gesicherte Wissen um das strukturelle Defizit der Stadt Liestal, weshalb mit neuen Ausgaben momentan gewartet werden muss. Der dritte Grund liegt darin, dass die Lösung mit einem Ruftaxi, wie diese aus dem Unterbaselbiet bekannt sind, keine wirklich tolle Lösung ist. Dies liegt vorwiegend in den damit zusammenhängenden Ungerechtigkeiten.

Hanspeter Meyer (SVP) erklärt im Namen der SVP-Fraktion, dass diese den Stadtrat stützt und gegen die Überweisung des Postulats ist. Der Grund liegt auf der Hand, es gibt sehr viele andere Möglichkeiten in Liestal. Der Name des Vorstosses ist zu relativieren, da seine Fraktion den Preis viel zu hoch findet. Andere Gemeinden stellen übrigens ihre Ruftaxi-Lösungen ein, weil einerseits die Nachfrage sinkt und andererseits die Kosten-Nutzen-Relation nicht mehr stimmt. Liestal kann sich momentan ein solches Projekt schlicht nicht leisten. Die SVP-Fraktion ist gegen die Überweisung dieses Vorstosses.

Sonja Niederhauser (CVP/EVP/GLP) erläutert, dass sie Verständnis für die Argumente beider Seiten hat. Sie glaubt aber, dass die Überweisung an den Stadtrat wichtig ist, damit die ganze Sache ein Preisschild erhält und auch Argumente schriftlich auf dem Tisch liegen. Wenn man das nicht tut, läuft man Gefahr, bereits im nächsten Jahr wieder eine sehr ähnliche Vorlage zu haben. Mit der Überweisung könnten Fakten geschaffen werden.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) betont, dass die Mitte-Fraktion nicht sagt, dass das Ruftaxi und der Ortsbus gleich gut wären. Der Ortsbus wäre vermutlich um einiges besser, aber leider auch um einiges teurer. Entsprechend war die Mitte-Fraktion beim Ortsbus teils mit schwerem Herzen auch im Nein-Komitee. Aber sie waren immer der Ansicht, dass das beschriebene Problem der mangelnden Erschliessung gelöst werden muss. Daher betont er, an die FDP-Fraktion gerichtet, dass seine Fraktion keine Abstimmung verloren hat, sondern eine Abstimmung gewonnen hat. Dennoch verfolgt die Mitte-Fraktion das Ziel der Lösung des Problems, weshalb nichts gegen den vorliegenden Vorstoss spricht.

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Mit 21 Ja-Stimmen gegen 16 Nein-Stimmen wird das Postulat Nr. 2020-16 an den Stadtrat überwiesen.

**68      0.01.011.01      Einwohnerrat**

**10.    Stillstandzeiten nutzen – Postulat «Stillstandzeiten nutzen» von Domenic Schneider und Yves Jenni der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2020-18)**

**Quartiererschliessung – Postulat betreffend Quartiererschliessung von Pascale Meschberger namens der SP-Fraktion (Nr. 2020-20)**

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) stellt fest, dass die beiden Postulate gemäss Entscheidung an der Ratssitzung vom 23. Dezember 2020 verbunden beraten werden.

Stadtrat Daniel Muri erklärt, dass der Stadtrat beide Postulate übernehmen würde

Domenic Schneider (CVP/EVP/GLP) hält als Postulant des Vorstosses Nr. 2010-18 fest, dass eine Fahrplanänderung immer dazu führt, dass einer eine bessere und ein anderer eine schlechtere Verbindung hat. Aber es gibt auch Chancen und jetzt haben wir eine solche Chance. Heutzutage habe gewisse Busse Stillstandzeiten am Bahnhof Liestal und dies wird angeblich künftig noch zunehmen, was wir nutzen können. Im Oberbaselbiet wird dies bereits eingesetzt, weshalb man sich an diesen Lösungen orientieren kann. Die Stillstandzeiten könnten genutzt werden, um die noch nicht oder schlecht mit dem öV erschlossenen Quartiere zu erschliessen.

Pascale Meschberger (SP) erklärt als Verfasserin des Postulates Nr. 2020-20 «Quartiererschliessung», dass gerade auch aufgrund der speziellen Topographie in Liestal mit vielen Quartieren an den Hängen eine gewisse Verpflichtung entsteht, diese Quartiere mit einem öV zu erschliessen. Zudem soll damit auch der Verkehr mit dem Auto reduziert werden. Aus diesem Anlass hat sich die SP-Fraktion überlegt, was es für Alternative gibt, welche weniger kosten. Und es scheint solche Alternative zu geben, was nun geprüft werden soll. Der Kanton hat ausserdem bereits signalisiert, dass er Hand bieten würde, wenn man etwas erarbeiten will. Daher bittet sie darum, das Postulat zu überweisen.

Eva Eugster (FDP) erklärt im Namen der FDP-Fraktion, dass die beiden Postulate zu kontroversen Diskussionen geführt haben. Zum einen über die Frage, ob die Ablehnung der Ortsbus-Initiative aus finanziellen Gründen erfolgt ist oder ob in diesen Quartieren schlicht keine Busse gewünscht sind. Zum anderen über das Timing dieser neuen Vorstösse. Wenn man davon ausgeht, dass grundsätzlich eine ÖV-Erschliessung in allen Quartieren gewünscht ist, dann hat eine informelle Abklärung bei der Autobus AG ergeben, dass nicht jede Linie Standzeiten am Bahnhof und nicht jeder Kurs einer Linie Standzeiten hat, wodurch eine Lösung über die Standzeiten zu einem sehr unregelmässigen Fahrplan führen würde. Die vorgeschlagene Nutzung würde zu einem Verkehr mit 12 Meter langen Bussen in den Quartieren führen, was nicht gerade auf Anerkennung stossen dürfte. Die Autobus AG wäre allerdings bereit, ab dem Fahrplanwechsel 2022/2023 die Nutzung von Standzeiten und ähnlichem zu diskutieren. Die vorliegenden Vorstösse zeugen aus der Sicht der FDP-Fraktion von einem eigenen Demokratie-Verständnis. Ein Probetrieb des Ortsbusses wurde vor ein paar Monaten bei einem Urnengang abgewiesen. Bereits 4 Wochen nach dieser Abstimmung liegen bereits wieder Vorstösse vor, welche vergleichbare Lösungen vorschlagen. Bei aller Sympathie für Hartnäckigkeit ist der Grat zur Zwängerei doch sehr schmal. Die FDP-Fraktion möchte beliebt machen abzuwarten, bis die Bauarbeiten rund um den Bahnhof näher am Abschluss sind. Ihre Fraktion lehnt beide Postulate ab.

Bergamin Patricia (SVP) erklärt namens der SVP-Fraktion, dass es sicher wünschenswert ist, dass alle Quartiere mit dem öV erschlossen werden könnten. Die Post und die Autobus AG optimieren jedes Jahr ihre Fahrpläne oft nur im Minutenbereich. Als regelmässige öV-

Benutzerin kann sie aber auch feststellen, dass Busse mit langen Standzeiten am Bahnhof nicht herumstehen und wirklich gesucht werden müssen. Von der Autobus AG hat sie zudem erfahren, dass die Standzeiten am Bahnhof Liestal höchstens als Kurzaufenthalte von 2 bis 4 Minuten gewertet werden, was nicht ausreicht, um entfernte Quartiere zwischendurch bedienen zu können. Nichtsdestotrotz ist die SVP-Fraktion für die Überweisung dieser Postulate, damit der Stadtrat die Gelegenheit nutzt, die gestellten Fragen zu prüfen und vielleicht ergibt sich auch eine optimale Lösung, wie dies bei der 83er-Linie der Fall war.

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Mit 28 Ja-Stimmen gegen 9 Nein-Stimmen wird das Postulat Nr. 2020-18 an den Stadtrat überwiesen.

://: Mit 28 Ja-Stimmen gegen 9 Nein-Stimmen wird das Postulat Nr. 2020-20 an den Stadtrat überwiesen.

**69      0.01.011.01      Einwohnerrat**

**11.    Vortrittsregel-Änderung – Postulat «Änderung Vortrittsregelung Kasernen-/Seltisbergerstrasse/Kantinenweg» von Stefan Fraefel und Domenic Schneider der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2020-25)**

Stadtrat Daniel Muri erklärt, dass der Stadtrat bereit ist, das Postulat zu übernehmen, da es sich bei diesem Verkehrsgestaltungsplan um eine sehr wichtige Geschichte für die Stadt Liestal handelt. Der Kanton hat der Stadt Liestal am 18. Januar 2021 für das Strassennetz Zentrum Ost ein Verkehrsbetriebs- und -gestaltungskonzept zukommen lassen.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) sagt als Postulant, dass es immer wieder heisst, im Stedtli habe es zu viel Verkehr. Auch die Mitte-Fraktion ist grundsätzlich dieser Auffassung, vor allem hat es zu viel Durchgangsverkehr. Die Fraktion hat sich überlegt, weshalb es denn so ist und was dagegen gemacht werden könnte. Anstatt eines simplen Verbots dieses Verkehrs könnte es doch eine intelligentere Lösung geben. Aktuell führen zwei Hauptstrassen direkt vor das Törli, namentlich die von Seltisberg und die von Lausen her. Das ist schon seit dem Mittelalter so und dies lässt sich ohne gröbere bauliche Massnahmen auch nicht ändern. Es kann aber verhindert werden, dass die Automobilisten auf diesen Strassen direkt vor das Törli geführt werden. Eine kleine Änderung hat es schon gegeben, als man beim Gitterli den Rechtsabbiegevortritt genommen hat und nun dort abzweigt, wovon es auch lange geheissen hat, dass dies aufgrund der Profile der Strassen absolut unmöglich sei. Wenn man dort aber weiter geradeaus fährt, dann hat man Vortritt bis vors Törli. Der Weg von dort führt entweder durch den Fischmarkt oder aber am Bücheli vorbei. Kommt man von Seltisberg her, ist man auch ohne Vortritt sehr schnell vor dem Törli. Wenn man also lediglich diese Vortrittsregelungen ändert und so den Auto-Verkehr so weit wie möglich vom Stedtli wegleitet. Die Situation für den Durchgangs- und Schleichverkehr muss unattraktiv gemacht und der Zielverkehr nach wie vor ermöglicht werden. Mit der neuen vorgeschlagenen Regelung müsste man viel öfters anhalten und warten, wodurch diese Durchfahrten viel unattraktiver und somit weniger genutzt würden. Mit diesen simplen Massnahmen könnte ein Teil des Problems gelöst werden. Natürlich gibt es auch Nachteile, so zum Beispiel bei den Bussen, diese könnten allerdings mit einem speziellen Ampelsystem gelöst werden. Die Mitte-Fraktion hofft auf die Überweisung des Postulates, so dass allenfalls sogar mit Verkehrsgutachten überprüft werden kann, ob es sich tatsächlich um eine gute oder doch vielleicht um eine Schnapsidee der Postulanten handelt.

Domenic Schneider (CVP/EVP/GLP) ergänzt als Mitpostulant, dass mit dem Postulat versucht wird, eine Idee einzubringen, die in der gesamten Betrachtung eine Lösung des Problems sein könnte. Daher ist die Mitte-Fraktion froh darüber, dass der Stadtrat das Postulat übernehmen will und bereits in den kantonalen Masterplan einfliessen lässt. Damit würde sicher auch die Attraktivität der Rathausstrasse in alle Richtungen ausgeweitet werden können.

Michael Durrer (GL) erklärt im Namen der Grünen Fraktion, dass er zwar nicht bereits alle Kosten kennt und die notwendigen Abklärungen vorgenommen hat, aber die Situation am beschriebenen Ort wurde schon diverse Male diskutiert. Es scheint keine Fraktion wirklich zufrieden mit der momentanen Situation zu sein, weshalb auch seine Fraktion das Postulat gerne unterstützt.

Peter Küng (SP) erklärt, dass auch die SP-Fraktion das Postulat unterstützt, da die aktuelle Situation unbefriedigend ist. Er würde dem Postulat aber gerne mit auf den Weg geben, dass man die Vortrittsregelung Kantinenweg/Kasernenstrasse eventuell auch in die andere Richtung machen könnte. Dies analog zur Situation im Gitterli, weil so der Transitverkehr Seltisberg ganz klar Richtung Kantinenweg geleitet würde, was auch im Sinne des Kantons wäre. Die SP-Fraktion wird die Postulatsüberweisung unterstützen.



Dominic Odermatt (FDP) erklärt im Namen der FDP-Fraktion, dass sie für die Überweisung des Postulates ist, und sich darüber freut, dass der Stadtrat dieses auch übernehmen will. Er schliesst sich grundsätzlich den Aussagen seiner Vorredner an. Die Ansicht, dass die Situation unbefriedigend gelöst ist, unterstützen vermutlich alle. Die Grundidee ist sicher richtig, damit die Achse zum Törli gebrochen und so der Verkehrsfluss beruhigt werden kann. Ob es wirklich die richtige Lösung ist, kann er aktuell nicht beurteilen. Es geht seiner Fraktion vorwiegend darum, den Fächer zu öffnen und die Themen anzusprechen. Die inhaltliche Prüfung und der Bericht obliegen dem Stadtrat.

Lorenz Holinger (SVP) erklärt namens der SVP-Fraktion, dass sie es begrüssen, dass dieser oft diskutierte Verkehrsknotenpunkt genauer angeschaut wird. Die Möglichkeit eines besseren Verkehrsflusses soll geprüft werden und der Vorschlag des SP-Fraktionssprechers wird unterstützt. Der Ampellösung für die Busse steht man kritisch gegenüber, da zu Stosszeiten die Busse aus allen möglichen Richtungen kommen und so noch mehr Chaos entstehen würde. Die SVP-Fraktion unterstützt die Postulatsüberweisung einstimmig.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) macht klar, dass die Postulanten selbstverständlich auch mit dem Vorschlag von Peter Küng einverstanden sind. Als einheitliche Führung betrachtet, ist diese Variante vielleicht sogar besser. Bei einer Überweisung des Postulats können sicher beide Varianten geprüft werden.

Stadtrat Daniel Muri weist darauf hin, dass die Kasernenstrasse eine Kantonsstrasse ist, dennoch soll aber das Postulat geprüft werden. In Zukunft wird der Transitverkehr über die Kasinostrasse abgehen und nicht mehr über die Gitterlistrasse, was sehr begrüssenswert ist und die Kasernenstrasse zusätzlich entlasten wird. Das Ganze wird aber sicher eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen und nicht von heute auf morgen geschehen. Eine ganzheitliche Betrachtung ist dem Stadtrat sehr wichtig.

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Einstimmig wird das Postulat Nr. 2020-25 an den Stadtrat überwiesen.

**70      0.01.011.01      Einwohnerrat**

**12.    Rathausstrasse – Postulat «Verbesserung Situation Rathausstrasse» von Dominik Beeler der Grünen Fraktion und Loris Jeitziner der SP-Fraktion (Nr. 2020-26)**

Stadtrat Daniel Muri erklärt, dass der Stadtrat bereit ist, das Postulat zu übernehmen.

Dominik Beeler (GL) erklärt als Postulant, dass schon diverse Male über Konflikte zwischen Velofahrenden und Fussgängerinnen und Fussgängern in der Rathausstrasse diskutiert wurde. Fahrverbotsforderungen wurden zum Glück abgelehnt, da ein Verbot zumindest aus seiner Sicht nicht zielführend wäre und die Falschen treffen würde. Trotzdem wollen die Postulanten ihren Teil zur Lösung beitragen und Vorschläge einbringen. Es ist erfreulich, dass der Stadtrat die Massnahmen prüfen will. Sensibilisierungsmassnahmen oder eine wahrnehmbare Gestaltung sind vorgeschlagene Möglichkeiten, um die Situation zu entlasten. Gerne gibt er dem Stadtrat zur Behandlung des Postulates mit auf den Weg, dass zwar ein paar Beispiele genannt sind, aber innovative Ideen seitens Stadtrats natürlich auch begrüsst werden.

Loris Jeitziner (SP) hält als Mitverfasser des Postulates fest, dass Liestal mittlerweile sogar einen Preis gewonnen hat für die tolle Infrastruktur für Fussgänger, was sehr erfreulich ist. Nun geht es darum, dass die hohe Qualität für die Fussgänger und Fussgängerinnen auch bestehen bleibt. Ein Verbot ist keine zielführende Lösung, weshalb er den Stadtrat darum bittet, die Alternativvorschläge der Postulanten anzuschauen und kreativ zu sein.

Yves Jenni (CVP/EVP/GLP) erklärt namens der Mitte-Fraktion, dass das Postulat keine optimale Lösung für das Problem mit dem Veloverkehr und den damit verbundenen Velounfällen bietet. Es ist positiv, dass man ein Konzept erstellen will, die konkrete Lösung im Postulat scheint der Mitte-Fraktion aber nicht dafür geeignet zu sein. Die Mitte-Fraktion hat vorwiegend besprochen, dass Velo-Geländer oder -Schwellen, welche oft für solche Verlangsamungsanliegen eingebaut werden, weder visuell noch sicherheitstechnisch dem entsprechen, was sich die Mitte-Fraktion für den Veloverkehr im Stedtli wünscht. Gerade solche Schwellen können auch für Unfälle sorgen. In Sachen Signalisation ist es sicher nicht falsch, dass man etwas tun könnte, aber gerade grosse Beschriftungen auf dem Boden im Stedtli schänden doch etwas die schöne neue Rathausstrasse und haben gerade bei der Einwohnerschaft wahrscheinlich keine grosse Wirkung, da man alles gut kennt und sich ohnehin nicht an der Beschilderung orientiert. Abschliessend kann gesagt werden, dass die Mitte-Fraktion eine Konsensfindung begrüsst, welche ein Velofahrverbot verhindert, die vorgeschlagene Lösung aber nicht als geeignetes Mittel dazu erscheint. Seine Fraktion wird sich bei der Abstimmung enthalten.

Lorenz Holinger (SVP) erklärt, dass die SVP-Fraktion froh darüber ist, dass erkannt wurde, dass auch das Velofahren zu Problemen führen kann, da es auch bei diesen Verkehrsteilnehmern rücksichtslose Personen gibt. Daher ist sich die SVP-Fraktion mit dem Inhalt dieses Postulates nicht ganz einig. Während Stosszeiten oder während einem Markt wird es ohne ein Velofahrverbot immer wieder Probleme mit rücksichtslosen Velofahrern geben. Auch sollte die offizielle Radroute aus der Rathausstrasse herausgenommen und beispielsweise in die Büchelstrasse verlegt werden. Nichtsdestotrotz stimmt die SVP-Fraktion der Überweisung des Vorstosses zu, damit dieser vom Stadtrat geprüft und dann wieder berichtet werden kann.

Richard Gafner (FDP) erklärt, dass die FDP-Fraktion grundsätzlich mit dem Postulat einverstanden ist und es unterstützt wird. Sie könne sich aber durchaus vorstellen, dass es bessere Lösungen gibt, als jene die konkret im Postulat vorgestellt werden. In diesem Sinne möchte die FDP-Fraktion bei einer Überweisung auch dazu auffordern, sich nicht bloss auf die vorgeschlagenen Lösungen zu fokussieren, sondern dass sich der Stadtrat auch alternative Lösungen überlegt, um den Veloverkehr im Stedtli zu beruhigen. Auch wäre es durchaus sinnvoll,

wenn während den verschiedenen Anlässen im Stedtli eine temporäre Sperrung verfügt würde.

Domenic Schneider (CVP/EVP/GLP) würde das auch sehr begrüssen, dass vom Stadtrat die Ideen und Vorschläge aus dem Rat bei der Prüfung der Postulate mitberücksichtigt würden, zumal sich die Postulanten ja nicht dahingehend geäußert haben, dass beispielsweise die Schwellen etc. sakrosankt sind. Es kann durchaus sein, dass seine Fraktion bei der anschließenden Abstimmung neu anders abstimmen wird.

Dominik Beeler (GL) zeigt sich erstaunt darüber, dass sich die Mitte-Fraktion enthalten will, da bei der letzten Diskussion zum Thema eigentlich ähnliche Voten aus der Mitte-Fraktion zu vernehmen waren. Sollten die grossen Markierungen und die Schwellen irritierend gewesen sein, tut ihm das leid, diese waren mehr als Anregung für den Stadtrat gedacht waren. Er selbst ist aber kein Verkehrsplaner und ist auch nicht auf dem neuesten Stand, was es alles für Möglichkeiten gibt. Daher war es ihm auch wichtig, dem Stadtrat die Aufforderung zur Kreativität mit auf den Weg zu geben.

Sonja Niederhauser (CVP/EVP/GLP) erklärt, dass vor allem die Markierungen diskutiert wurden, welche eigentlich bei denen Wirkung zeigen, die nicht so oft im Stedtli sind und ohnehin vorsichtig sind. Diejenigen, die zu schnell fahren, sind ja meist Velofahrer, die die Rathausstrasse mehrmals durchfahren. Die Idee ist also gut, aber der Effekt, den man erzielen will, wird damit aber kaum erreicht. Dies ist wohl der Hauptgrund für die Kritik am Ganzen. Bei den Schwellen kommen auch die Nachteile für Kinderwagen, Rollstühle usw. hinzu. Der Aufruf zur Kreativität ist daher enorm wichtig.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) erklärt, dass sie sich von Dominik Beeler hat überzeugen lassen. Denn es muss etwas geschehen und wenn das kreativ geschieht, dann aber nicht unbedingt mit Hindernissen und Schwellen.

Bernhard Bonjour (SP) bringt ein, dass es vor allem dann gefährlich ist, wenn keine Veranstaltung im Stedtli ist. Daher nutzen solche Massnahmen nicht viel, wenn viele Leute im Stedtli sind, sondern dann, wenn wenig Leute im Stedtli sind. Er betont, dass es dann wirklich gefährlich wird, wenn die Strassenkaffees wieder offen haben dürfen. Er ist für das Postulat.

Stadtrat Daniel Muri nennt spontan drei kreative Ansätze. Der erste Ansatz ist ein sogenanntes FV bzw. ein Fahrverbot und dann ein NB bzw. ein Nagelbrett. MGMV bzw. der gesunde Menschenverstand wäre der dritte Ansatz. Mit diesen Ansätzen bräuchten wir die ganze Diskussion nicht. Er verspricht, dass der Stadtrat wirklich eine kreative Lösung suchen wird, auch wenn dies keine einfache Aufgabe ist.

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Einstimmig wird das Postulat Nr. 2020-26 an den Stadtrat überwiesen.

**71      0.01.011.01      Einwohnerrat**

**13.    Buslinie 83 – Nichtformulierte Volksinitiative bzw. Postulat zur Wiedereinführung des 83-er Bushaltes auf dem Liestaler Wasser-  
turmplatz, Bericht des Stadtrats (Nr. 2020/198)**

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) stellt fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Hanspeter Meyer (SVP) zeigt sich namens der SVP-Fraktion erfreut über die aufgezeigte Lösung gemäss stadträtlichem Bericht. Dank den Interventionen der SVP-Fraktion konnte eine ganz tolle Lösung gefunden werden, indem die Linien 72 und 83 zusammengeschlossen werden. Mit dieser neuen Linie kann man dann direkt durchs halbe Baselbiet fahren, ohne dass man umsteigen muss. Zudem führt diese Variante nicht nur zu einer Angebotsverbesserung, sondern die Poststrasse und Büchelistrasse werden weitgehend entlastet. Man sieht, dass es Möglichkeiten und Lösungen gibt, wenn man etwas hartnäckig ist und auch Vorschläge einbringt. Dies ist auch der Grund dafür, weshalb die SVP-Fraktion den beiden vorigen Postulaten zugestimmt hatte. Vielleicht entsteht daraus auch eine Lösung, an welche momentan niemand denkt und am Ende doch alle zufrieden sind. Seine Fraktion bedankt sich bei allen Stellen, die zu dieser Lösung beigetragen haben und wird der Postulatsabschreibung zustimmen.

Peter Küng (SP) klärt auf, dass der Landrat den diesbezüglichen Entscheid heute gefällt hat. Die SP-Fraktion stimmt den stadträtlichen Anträgen zu.

Thomas Eugster (FDP) bestätigt den erwähnten Landratsbeschluss. Er hält die Lösung vom BUD für sehr gelungen und ist auch davon sehr angetan, dass man unterbruchfrei von Lupsingen bis Kaiseraugst fahren kann, ohne umsteigen zu müssen. Die FDP-Fraktion wird der Postulatsabschreibung ebenfalls zustimmen.

Sonja Niederhauser (CVP/EVP/GLP) gibt bekannt, dass auch die Mitte-Fraktion die beschlossene Lösung sehr begrüsst, da es wohl insgesamt ein Gewinn ist. Sie erklärt zur neuen Nummer 74 der Linie, dass diese schon immer existierte, aber bei der Zusammenlegung der Linie 83 und 74 die Nummer 83 gewählt wurde.

Daniel Schwörer (FDP) beantragt und macht beliebt, dass der Einwohnerrat formell auch die Initiative als ungültig erklärt und einen diesbezüglichen Entscheid fällt.

Vreni Baumgartner (GL) erklärt, dass dieser Entscheid bereits vom Rat gefällt wurde.

Daniel Schwörer (FDP) entschuldigt sich für seine offenbar mangelnde Faktenlage.

Stadtrat Daniel Muri ergänzt, dass Bereichsleiter Thomas Noack und er letzten Herbst die Gelegenheit hatten, zusammen mit dem Kanton, Vertretern der Autobus AG und anderen Gemeinden das Thema in einer grossen Runde zu besprechen. Das ging sehr unkompliziert und angenehm, weshalb er sich bei allen Beteiligten bedankt. Als parteiloser Stadtrat erlaubt er sich an dieser Stelle, der SVP für das hartnäckige Nachhaken zu danken.

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://:    Einstimmig wird der stadträtliche Bericht gemäss Vorlage Nr. 2020/198a zur Kenntnis genommen.

://:    Das Postulat Nr. 2020/198 wird einstimmig als erfüllt abgeschlossen.

**72      0.01.011.01      Einwohnerrat**

**14.    Waldenburgerbahn – Interpellation «Neubau Waldenburgerbahn: Grundwasserfassung Helgenweid» von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion (Nr. 2020-28)**

Stadträtin Marie-Theres Beeler nimmt Bezug auf die Interpellation Nr. 2020-28 und beantwortet die Fragen der Interpellanten wie folgt: Mit der Interpellationsbeantwortung möchte sie über ein paar Dinge im Zusammenhang mit der Grundwasserfassung Helgenweid informieren bzw. Projektänderung der BLT, dass dort die Trassenführung so gestaltet werden muss, dass die Frenke nicht renaturiert wird. Es hat mit einer Beschwerde der Stadt gegen die erste Planaufgabe begonnen, wo der Grundwasserschutz in einem Bereich gewährleisten muss, in welchem es eine Grundwasserfassung gibt, aus welcher wir sozusagen 40% des Liestaler-Wasserbedarfs gewinnen, ohne dass es gepumpt werden muss. Das Kantonsgericht hat festgestellt, dass der Grundwasserschutz stärker zu gewichten ist, wodurch die BLT eine neue Planaufgabe machen musste. Mit dieser war der Stadtrat auch nicht einverstanden, da sie einfach keine Garantie für den Grundwasserschutz gewesen ist, da nach wie vor eine Revitalisierung vorgesehen war, die nicht garantieren konnte, dass während und nach dem Bau der Grundwasserschutz dauernd gewährleistet wird. Dann hat die BLT bekannt gegeben, ein neues Projekt zu machen, in welchem die Frenke im Wasserkanal belassen wird. Daraufhin kam eine Opposition vom Amt für Umwelt und Energie des Kantons, wodurch es zu einer Verhandlung zwischen dem Bundesamt für Verkehr und dem Bundesamt für Umwelt und unter Anwesenheit unseres kantonalen Amtes, der Stadt und der BLT stattgefunden hatte. Dort wurde auf Bundesebene festgestellt, dass die Alternativvariante gemäss Vorschlag BLT, wonach auf die Renaturierung der Frenke verzichtet und der Bach an einem bestimmten Ort belassen wird, weiterzuverfolgen und die BLT das Projekt entsprechend umzuplanen hat. Die neue Planaufgabe für die WB hat wieder neue Einsprachemöglichkeiten gegeben, die auch erfolgt sind. Es ist so, dass man für die zwei Spuren die Strasse weiter in den Wald hinaufschieben wird und entsprechend Wald gerodet werden muss, was natürlich ein Eingriff in die Natur ist, der nicht so toll ist. Der Grundwasserschutz geht vor und für die Waldrodung sowie andere Massnahmen sind alternative Ausgleichsmassnahmen getroffen werden.

*Ist die Stadt über die Verzögerungstaktik der Umweltverbände informiert?*

Die Stadt ist nicht über alle Einsprachen, also auch nicht über alle privaten Einsprachen, die es gegeben hat, informiert worden. Es gibt grundsätzlich bei jeder Planaufgabe Einsprecher und Einsprecherinnen. Die Organisation, welche dieses Bauvorhaben unter ihrer Führung hat, muss auf das eingehen. Die Organisationen, die im Vorstoss genannt werden, haben auch das sogenannte Verbandsbeschwerderecht. Sie selbst ist eigentlich froh, dass wir das demokratische Recht in der Schweiz haben, auch gegen Projekte Einsprachen erheben zu können. Inzwischen sind allerdings alle Einsprachen zurückgezogen worden, da die BLT mit den Einsprechenden Möglichkeiten für den Ausgleich, den Ersatz zugunsten der Natur usw. gefunden hat.

*Ist die Grundwasserfassung Helgenweid durch allfällige Planänderungen sichergestellt?*

Ja, die Grundwasserfassung Helgenweid ist geschützt. Es gibt keine Planänderungen, welche diese gefährdet.

*Entstehen durch allfällige Projektveränderungen und Verzögerungen der Bauarbeiten indirekt auch für die Stadt Mehrkosten?*

Es entstehen der Stadt keine Mehrkosten. Auch wenn jetzt etwas geändert werden müsste, würden der Stadt keine Mehrkosten entstehen, da die BLT baut und plant. Die BLT versicherte der Stadt auch, dass keine Projektverzögerungen aufgrund von Einsprachen zu erwarten sind. Es läuft also alles wie geplant, ausser es gäbe noch irgendwelche unvorhersehbare Ereignisse, wie dies bei jedem Bauprojekt der Fall sein kann.

Hanspeter Meyer (SVP) ist sehr zufrieden mit der Antwort, aber wünscht als Interpellant dennoch kurz die Diskussion.

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) stellt nach Umfrage fest, dass die Diskussion unbestritten ist.

Hanspeter Meyer (SVP) dankt Stadträtin Marie-Theres Beeler für die sehr ausführliche Antwort. Er ist sehr froh, dass die Sache nun ein gutes Ende gefunden hat. Ihm ging es vorwiegend um die Sorge rund um die Grundwasserfassung. Nachdem sich alle gütlich einigen konnten, ist er sehr zufrieden, wie es jetzt kommt. Er findet es wichtig, dass der Einwohnerrat das nun auch hören kann.

Philipp Franke (GL) fühlt sich als Vertreter des Naturschutzes und würde entsprechend gerne etwas zum Tonfall der Interpellation sagen. Darin wird von Verzögerungstaktik der Umweltverbände gesprochen und es kann zwischen den Zeilen gelesen werden, dass die Umweltverbände mit Zwängereien den Fortschritt verhindern möchten. Diese Ansichten will er an dieser Stelle klar zurückweisen. Es ist so, dass eine gesetzliche Pflicht besteht, für den ökologischen Ausgleich zu sorgen. Der geplante Bau hat grosse Umwelteingriffe zur Folge, es werden Lebensräume zerschnitten und sensible Bereiche tangiert, weshalb ein Ausgleich unbedingt notwendig ist. Heutzutage tragen das die Bauherren eigentlich mit und hier hat die BLT ein eigentlich sehr tolles Renaturierungsprojekt vorgeschlagen, welches aus ökologischer Sicht das Herzstück der ganzen Baustelle gewesen wäre. Hier muss er zugeben, dass ihm das Herz geblutet hat, als er gesehen hat, wie die Stadt ein Top-Renaturierungsprojekt abschießt. Das kann nicht einfach Verzögerungstaktik genannt werden, sondern ist aus fachlicher Sicht fast eine Katastrophe. Jetzt werden die Gesetze eingehalten und es wird ein ökologischer Ausgleich gemacht werden. Aber würden die Umweltverbände in einem solchen Fall keine Einsprache machen, dann müsste man sich schon fragen, für was sie denn da sind, denn genau das ist ihre Aufgabe als Anwälte der Natur. Wenn ein Projekt dieser Qualität einfach gestrichen wird, dann ist eine entsprechende Einsprache logisch. Nicht zuletzt zeigt auch die Abwägung auf Bundesebene, dass die gestellte Frage nicht so einfach ist und es nicht auf der Hand liegt, wie die Lösung wirklich ist. Er hofft darauf, dass der ökologische Ausgleich gut und funktional sein wird und die Natur am Ende nicht als Verlierer dasteht, wie das bei so grossen Projekten oft der Fall ist.

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

*Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation durch den Stadtrat.*

**73      0.01.011.01      Einwohnerrat**

**15.    Vereinsunterstützungen – Postulat «Gerechte Verteilung der Zentrumslasten: Bericht zur Unterstützung von Vereinen durch die Stadt Liestal» von Benjamin Holinger der Grünen Fraktion und Dominic Odermatt der FDP-Fraktion (Nr. 2020-30)**

Stadtrat Lukas Felix erklärt stellvertretend für die abwesende Stadtratskollegin Regula Nebiker, dass der Stadtrat dieses Postulat übernehmen würde und es schätzt, dass sich der Einwohnerrat Gedanken zu den Zentrumslasten macht. Wie diese Lasten besser verteilt und vor allem auch wie man diese nicht noch weiter erhöhen will.

Benjamin Holinger (GL) erklärt als Postulant, dass ihn das Wort Zentrumslasten eigentlich stört, da das Postulat nicht gegen Vereine oder gegen andere Gemeinden ist. Aber damit das Wort Zentrumslasten irgendwie umgepolt werden kann, benötigt es Solidarität. Um dann eine gewisse Basis zu haben, von was die Rede ist, müsste man Transparenz darüber herstellen, von was man eigentlich spricht, was die Kosten sind, wie viele Nutzer aus Liestal sind, wieviel unserer Infrastruktur im Sportbereich von Kanton und Bund genutzt etc. Wenn das Postulat überwiesen wird und der Bericht des Stadtrates vorliegt, hat er die Hoffnung, über eine gute Auslegeordnung zu verfügen, um auch über Zahlen sprechen zu können. Das Postulat entstand im Rahmen der finanziellen Schieflage der Stadt und die Zentrumslasten schwebten wie eine Art Gespenst im Raum. Das Postulat ist also als kleines Stück zur Schaffung der Transparenz gedacht, weshalb er um Überweisung des Postulates bittet.

Dominic Odermatt (FDP) bedankt sich als Mitverfasser ebenfalls für die positive Aufnahme des Postulates. Er erläutert, dass wohl allen bekannt ist, dass die Stadt an einem strukturellen Defizit leidet. Auch im Entwicklungsplan sieht man, dass es sich nicht um eine einmalige Sache handelt, sondern uns dieses strukturelle Defizit die nächsten Jahre begleiten wird. Auch das Wort Zentrumslasten werden wir künftig häufiger hören und wie Benjamin Holinger bereits gesagt hat, handelt es sich um ein kleines Stückchen, um dort etwas tun zu können. Wenn man die Zentrumslasten betrachtet, dann sieht man, dass wir in unserer Funktion als Hauptstadt Zentrumslasten und Hauptstadtfunktionen auf ganz vielen Ebenen haben. Das gilt gegenüber dem Bund beispielsweise beim Asylwesen gegenüber dem Kanton, wo wir sicher auch Zentrumsnutzen haben, wie beispielsweise einen kurzen Weg zur Verwaltung oder eine Kantonsbibliothek vor der Haustür. Aber wir haben auch Lasten, indem wir viel steuerliches Brachland haben mit Flächen, die vom Kanton belegt sind. Als Zentrumsgemeinden haben wir gewisse Aufgaben anderer Gemeinden zu übernehmen. Es handelt sich nicht um ein Misstrauensvotum gegenüber der Stadt im Zusammenhang mit der Vereinsunterstützung. Es soll auch kein Misstrauensvotum gegenüber den Vereinen sein, sondern es geht um Gerechtigkeit zwischen dem was Liestal macht und den anderen Gemeinden. Solidarität ist hier ein gutes Stichwort. Es ist uns auch wichtig, dem Stadtrat den Rücken stärken zu können, wenn es in die Aufgabenprüfung geht und man all diese Themen anschauen wird. In diesem Sinne dankt er für eine Überweisung des Postulates an den Stadtrat.

Hanspeter Meyer (SVP) erläutert, dass es sicher gut und recht ist, wenn man sich aufgrund der schlechten Finanzlage darüber unterhält, wo Einsparungen oder Mehreinnahmen möglich sind. Aber bei der ganzen Überlegung müssen wir auch etwas Vernunft walten lassen. Er versteht daher auch nicht, weshalb der Stadtrat bereit ist, das Postulat zu übernehmen, da einige Forderungen im Vorstoss unrealistisch sind. Für die einigermaßen seriöse Untersuchung der verschiedenen Fragen wäre ein riesiges Projekt nötig. Er nimmt nicht, dass die Verwaltung diese Arbeit leisten kann, da diese ja schon jetzt überlastet ist. Insofern würden also Fremdkosten entstehen. Es kann ja niemand denken, dass irgendeine umliegende Gemeinde sich auch nur mit einem Franken an einem Projekt in Liestal beteiligen würde, denn die Finanzen sind in allen Gemeinden schlecht. Wie findet heute das Vereinsleben statt? Die Zeiten sind vorbei, in welchen man in der eigenen Stadt oder im eigenen Dorf im Verein mitgemacht hat.

Viele Vereine von Liestal könnten ohne auswärtige Teilnehmende gar nicht existieren. Beispielsweise die Rotstab-Clique oder allgemein die ganze Fasnacht-Szene, Fussballklub, Sportklub, Stadtmusik, regionale Musikverbände usw. und auch im kulturellen Bereich könnten Vereine wie die Trachtengruppe etc. gar nicht existieren. Auf der anderen Seite gibt es aber auch ganz viele Liestaler und Liestalerinnen, die in auswärtigen Vereinen mitmachen. Zum Beispiel hat der FC Bubendorf eine halbe Mannschaft, die nur aus Liestalern besteht. Auch in Lausen, Frenkendorf oder beim EHC sind Mitglieder aus Liestal dabei. Muss denn am Schluss jede Gemeinde ein Verzeichnis führen, um anderen Gemeinden für auswärtige Vereinsmitglieder eine Rechnung stellen zu können? Solche Stossrichtungen und Aufgabe sind einfach unrealistisch. Ja, wir haben Zentrumsfunktionen, aber dort wo es möglich ist, wie beispielsweise beim Hallenbad, werden diese von umliegenden Gemeinden bereits abgegolten. Vielleicht kann man dort noch mehr rausholen, was aber eine Frage der Verhandlungen ist. Auf der anderen Seite benutzen Liestaler-Vereine auch die Infrastruktur anderer Gemeinden, wie das im Zusammenhang mit der Stadthalle festgestellt wurde. Hier sei vor allem die Mehrzweckhalle Stutz in Lausen genannt, welche stark von unseren Vereinen genutzt wird. Es könnten unzählige weitere Beispiele genannt werden. Es ist ein gut gemeinter Vorstoss, doch dieser ist nicht zielführend und verursacht nur Kosten, weshalb von einer Postulatsüberweisung Abstand genommen werden sollte.

Fabian Eisenring (SP) erklärt, dass die SP-Fraktion das Postulat grundsätzlich begrüsst, aber bei einem Teil der Fraktion ähnliche Bedenken bestehen, wie sie Hanspeter Meyer ausgeführt hat. Der Unterton, Geld von anderen Gemeinden verlangen zu können, ist in Frage gestellt. Trotzdem ist die SP-Fraktion grossmehrheitlich dafür, dass der Stadtrat das Postulat entgegennimmt und die Sache prüft.

Susi Thommen (CVP/EVP/GLP) erklärt, dass die Mitte-Fraktion mehrheitlich für die Überweisung des Postulates ist. Sie finden die Fragen interessant und sind gespannt auf die Antworten des Stadtrates.

Dominic Odermatt (FDP) macht klar, dass auch die FDP-Fraktion für die Überweisung des Postulates ist. Sie halten es für wichtig, erst einmal Transparenz zu schaffen, und denken nicht, dass es ein Grossprojekt braucht, um etwas Licht ins Dunkel bringen zu können.

Daniel Schwörer (FDP) wiederholt, dass die FDP-Fraktion das Postulat unterstützt, da es ein Türchen öffnet, was wirklich verstärkt erfolgen muss. Vielleicht ist der Fokus auf die Vereinsmitglieder in der Tat etwas schwierig, aber den Fokus auf die Nachbargemeinden zu richten, ist sehr interessant. Selbstverständlich ist es so, dass bisher Beteiligungen auf dem Verhandlungsweg herangedealt werden mussten. Unbestritten gibt es aber Gemeinden im Kanton mit Zentrumsfunktionen oder Zentrumsleistungen. Er denkt, dass wenn man das vom Stadtrat her etwas breiter prüfen sollte. Und was die umliegenden Gemeinden angeht, sich vielleicht auch in der laufenden Gesetzgebung oder Novellierung vom Finanzausgleichsgesetz kundig macht, wie weit dass dort ein auf die Einwohnerzahl bezogener Ausgleich gesetzlich verankert werden könnte. Aus seiner Erfahrung kann er sagen, dass es auch eine Solidarität unter den Gemeinden gibt, wobei er an die grossen Summen denkt, die die Finanzausgleich-Gebergemeinden den Empfänger-Gemeinden überweist. Er will den Stadtrat dazu einladen, auch in diese Richtung zu denken. Wie könnte man beispielsweise auf der gesetzlichen Ebene eine Lösung finden, welche diese Zentrumsleistungen und -funktionen abgelten? Zudem will er noch unterscheiden zwischen der Zentrumsfunktion von Liestal bezogen auf umliegende Gemeinden und der Hauptstadtfunktion von Liestal. Auch der Kanton profitiert sehr von Liestal. Auch belegt der Kanton grössere Flächen mit seiner Verwaltung, aus welchen die Stadt keinen Steuerertrag erzielen kann. Auch diese Idee ist vielleicht vom Stadtrat etwas näher zu prüfen. Auf für die Funktion als Kantonshauptstadt kann allenfalls eine gesetzliche Regelung gefunden werden.



Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) denkt, dass Vereine wichtig sind und diese von der Stadt unterstützt werden sollen. Dabei denkt sie an die Regionale Jugendband, bei welcher nicht alle aus Liestal sind. Bei den Vereinen wird so viel Freiwilligenarbeit geleistet, die niemand bezahlt. Sie wird sich bei der Abstimmung enthalten, weil sie das eine sehr umfangreiche Arbeit findet, die hier verlangt wird.

Anja Weyeneth (SP) erläutert, dass eine Auslegeordnung grundsätzlich nie verkehrt ist. Ob es jetzt gerade bei den Vereinen, in welchen wie gerade gesagt so viel Freiwilligenarbeit geleistet wird, der richtige Weg ist, frage sie sich schon. Der fragwürdige Unterton wurde bereits von Fabian Eisenring angesprochen.

Stadtrat Lukas Felix gibt dem Einwohnerrat aus den Voten gerne zwei Punkte mit. Dem Stadtrat ist es sehr bewusst, dass das Vereinsleben in Liestal auch ein Beitrag an die vorhandene Lebensqualität ist, was dem Stadtrat auch wichtig ist. Natürlich können wir nicht einfach mit dem Finger auf die anderen Gemeinden zeigen und sagen, sie sollen für das bezahlen, was sie bei uns beziehen. Beim zweiten Punkt will er einen Appell an den Einwohnerrat richten. Wenn man hier über die Lasten eines Zentrums spricht, ist es wichtig, dass man nicht von den einzelnen Mitgliedern dieser Vereine spricht, sondern dass man die Augen nicht verschliesst vor den grossen Kosten, die auf die Stadt zukommen. Dies sind die ganzen Infrastrukturen, wie beispielsweise das im Postulat erwähnte Schwimmbad. Er will dem Einwohnerrat eine gewisse Suffizienz ans Herz legen, dass wir unsere Zentrumslasten nicht noch erhöhen.

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Mit 24 Ja-Stimmen gegen 9 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen wird das Postulat Nr. 2020-30 an den Stadtrat überwiesen.

**74      0.01.011.01      Einwohnerrat**

**15.    Mehrwertabgabe – Interpellation «Das Baselbieter Gesetz zur Mehrwertabgabe bei Ein- und Umzonungen wird angepasst – Auswirkungen für Liestal» von Benjamin Holinger und Michael Durrer der Grünen Fraktion (Nr. 2020-31)**

Stadtrat Daniel Muri nimmt Bezug auf die Interpellation Nr. 2020-31 und beantwortet die Fragen der Interpellanten wie folgt:

*Wie beurteilt der Stadtrat dieses Urteil?*

Der Stadtrat begrüsst die Aufhebung dieser beiden Paragraphen durch das Bundesgericht. Zurzeit gilt noch das übergeordnete Bundesrecht, welches den Gemeinden erlaubt, bei Um- und Aufzonungen, wie wir das tun, Infrastrukturbeiträge abzuschöpfen oder auszuhandeln.

*Welchen konkreten Einfluss hat das Urteil auf die bestehende Praxis der Stadt Liestal?*

Im Augenblick hat das Urteil keinen Einfluss auf die Praxis, die in Liestal ausgeübt wird. Die derzeitigen Planungen laufen über das Quartierplanverfahren, Ausnahmeüberbauungen nach einheitlichem Plan. Das bestehende Gesetz erlaubt den Gemeinden ausdrücklich, bei Quartierplanungen im Rahmen eines Quartierplanvertrags, die Erhebung einer Infrastrukturabgabe. Dieser Infrastrukturbeitrag wird in Liestal unter Einigung mit dem Investor festgelegt. Der gemeinsam bestimmte Schätzer schätzt den Wert vor und nach der Planung, die Differenz ist der Mehrwert. Dieser Infrastrukturbeitrag kann auch als Sachleistung für Massnahmen erbracht werden, die einen Ausgleich zur verdichteten Bauweise schaffen und auch so einen Beitrag zur Qualitätssteigerung des öffentlichen Interessens führen. Das kann die Erstellung eines öffentlichen Wegs, eines Kindergartens oder aber auch von Einstellhallenplätzen innerhalb des Perimeters sein. Der Stadtrat hat sich für die Festlegung dieses Mehrwertes oder eben dieses Infrastrukturbeitrags im QP-Verfahren und bei Ausnahmeüberbauungen nach einheitlichem Plan für ein paritätisches Verfahren entschlossen, welches ein Büro für uns macht. Das gibt dann die Grundlage für die Verhandlung.

*Wie hoch schätzt der Stadtrat die Mehreinnahmen oder die Einnahmen durch eine rasche Umsetzung für die Planungsperiode 2021-2025?*

Unsere Praxis wird in den zukünftigen neuen noch auszuhandelnden Quartierplänen Post, Orisbach, Lüdin-Areal, Oristal sowie Erzenberg zur Anwendung kommen. Da diese Planungen momentan noch zu wenig konkretisiert sind, wurden auch die Höhen der Infrastrukturbeiträge noch nicht ausgehandelt. Er bittet um Verständnis, dass der Stadtrat zu diesen zukünftigen Verhandlungen keine Aussagen machen will, solange der Beitrag nicht ausgehandelt ist. Grundsätzlich ist aber ein Vertrag immer dann gut, wenn er für beide Parteien stimmt.

Benjamin Holinger (GL) dankt als Interpellant für die Antworten und wünscht die Diskussion.

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) stellt nach Umfrage fest, dass die Diskussion unbestritten ist.

Benjamin Holinger (GL) stellt als Interpellant fest, dass er selber das Thema nicht ganz versteht und nimmt es auf seine Kappe, dass er diesen Durchblick nicht hat. Als er von diesen Infrastrukturbeiträgen gelesen hat, dachte er, dass jetzt endlich diese Mehrwertabgaben kommen, wodurch etwas mehr Geld in die Stadtkasse gespült würde. Bei den Infrastrukturbeiträgen hingegen, versteht er es nicht ganz, sind diese gleichwertig wie die Mehrwertabgaben oder wie setzen sich diese genau zusammen? Daher hat er ein ungutes Gefühl und fragt sich, ob die Stadt wirklich bei jedem QP das Maximum rausholt von dem was möglich ist. Diese Unsicherheit trägt er jetzt noch etwas mit sich.

Michal Durrer (GL) ergänzt als Mitunterzeichner der Interpellation, dass es darum ging, herauszufinden, ob sich etwas für die Praxis ändert und ob allenfalls ein finanzieller Mehrwert für Liestal entsteht. Er versteht es jetzt so, dass die Stadt momentan nicht vor hat, etwas anderes zu tun und mit der aktuellen Praxis fortfahren möchte.

Thomas Eugster (FDP) erinnert sich, dass Liestal früher einen fixen und relativ tiefen Infrastrukturbeitrag hatte. Diese Praxis wurde geändert. Das heisst bei den QP's, welche jetzt kommen, die Stadt individuell in den Verhandlungen festlegt, wie hoch die Infrastrukturabgabe ist. Da die Beiträge individuell bestimmt werden, können unterschiedliche Lösungen getroffen werden, welche für die jeweilige Situation optimal sind. Der Kanton ist aber gefordert, eine neue Vorlage zu bringen. Wie diese Lösung dann aussehen wird, kann man heute noch nicht sagen, weshalb auch kein fixer Vergleich angestellt werden kann. Grundsätzlich ändert sich aber nichts, da die Stadt nach wie vor dazu angehalten ist, möglichst das Beste herauszuholen.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) bedankt sich für die Ausführungen von Stadtrat Daniel Muri. Es ist aus Sicht der Mitte-Fraktion eher ernüchternd, da die Stadt offenbar die Chance, die Münchenstein hart erkämpft hat, schlicht nicht nutzt. Denn die Infrastrukturabgabe ist nicht die Mehrwertabgabe, die neu möglich ist, sondern das Zückerchen von rechts, welches die Mehrwertabgabe ersetzen soll. Also anstatt, dass im Gesetz festgeschrieben ist, dass es bei Quartierplanverfahren einen prozentualen Anteil von Mehrwert gibt, welcher der Stadt abzuliefern ist, soll im Vertrag ein viel kleinerer Betrag als Infrastrukturbeitrag verhandelt werden. Wenn man die kommunalen rechtlichen Grundlagen hat, darf man die Mehrwertabgabe auch bei Quartierplänen und Umzonungen einführen und bei der Bagatellgrenze andere Werte festsetzen. Es scheint, als hätte der Stadtrat kein Interesse daran, am bestehenden System etwas zu ändern, obwohl deutlich mehr eingenommen werden könnte. Es liegt also am Einwohnerrat, die gesetzlichen Grundlagen ähnlich wie in Münchenstein einzuführen.

Daniel Schwörer (FDP) erklärt, dass es zwei Arten der Mehrwertabgabe gibt. Nämlich die neue Zuweisung von Boden in eine Bauzone, bei welcher eine Mehrwertabgabe von 20% des Bodenwertes erhoben wird, wobei ursprünglich vom Kanton festgelegt wurde, dass die Gemeinden keine höheren Abgaben erheben dürfen. Dieses letztgenannte Verbot wurde vom Bundesgericht aufgehoben. Bei Neueinzonungen dürfen die Gemeinden also mehr als die 20% erheben. Was der Stadtrat zu Recht und korrekt ausgeführt hat, sind die Mehrwertabgaben in Form von Infrastrukturbeiträgen bei Aufzonungen. Also wenn man einem bereits eingezonten Gebiet eine grössere Nutzungsziffer zuspricht oder einen Quartierplan macht, kann die Stadt weiterhin auf dem Verhandlungsweg mit den Grundeigentümern einen Infrastrukturbeitrag erheben. Darum war die Antwort des Stadtrates sehr gut.

Stadtpräsident Daniel Spinnler meldet sich als Finanzminister zu Wort und stellt klar, dass die Stadt hier nichts gratis gibt, sondern will, dass diejenigen die einen Mehrwert generieren, aber auch Kosten verursachen, das auch mittragen. Das heisst, dass wir nicht bloss den Gewinn des Investors maximieren und als Stadt auf den Kosten sitzen bleiben, sondern wir wollen, dass diejenigen sich auch daran beteiligen, wenn sie schon einen Nutzen davon haben. Wie vorher bereits gesagt wurde, gibt es in Liestal kein Land mehr, welches neu eingezont werden könnte und auch zum Aufzonen gibt es nicht viel, weshalb das Bundesgerichtsurteil für Liestal nicht relevant ist. Bei der Infrastrukturabgabe verhält es sich so, dass die Stadt möglichst viel rausholt und gerade momentan eher dafür geschaut wird, teurer zu werden, damit qualitative Bauten entstehen und nicht irgendwelche Renditeobjekte hingestellt werden. Der Stadtrat benötigt dazu also kein neues Gesetz, da er schon so handelt. Der Stadtrat tritt in diesen Verhandlungen relativ dezidiert auf. Daher ist das Votum von Stefan Fraefel nicht zutreffend.

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

*Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation durch den Stadtrat.*

Schluss der Sitzung: 20.05 Uhr

Für den Einwohnerrat

Die Ratspräsidentin

Verena Baumgartner

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann